

Nachhaltigkeitsbericht Geislingen an der Steige

INDIKATOREN FÜR EINE LOKALE AGENDA

2006



IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON:

Stadt Geislingen an der Steige
Umweltbeauftragte
Hauptstraße 1
73312 Geislingen
Tel.: 07331/24-303
E-Mail: sonja.pfau@geislingen.de

BEARBEITET VON:

Sonja Pfau
Michael Dietz
Christian Herbst
Benjamin Kramer

FOTOS:

Stadtverwaltung Geislingen: Seiten 1, 5, 6 und 7;
A2, A3, B2, B5, D4, D6
Cinzia Fenoglio: Seite 8, A1, A4, A5, B1,
B4, B6, C1, C2, C3, C5, D3, D5
Messe Lörrach GmbH: A6
Carl Zeiss Jena GmbH: B3
Vorarlberger Erwachsenenbildung –
Volkshochschule Bregenz: C4
Dorothee Dümig, Heidelberg: C6
Felix Diefenbacher, Mannheim: D1
Bürgernetzverein Altmühltal e.V.: D2

MUSTERBERICHT

HERAUSGEGEBEN VON:

Landesanstalt für Umweltschutz
Baden-Württemberg
Heute: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und
Naturschutz Baden-Württemberg
Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe
Tel.: 0721/5600-0, Fax: -1456
E-Mail: poststelle@lubw.bwl.de

MUSTERBERICHT

BEARBEITET VON:

Hans Diefenbacher
Dorothee Dümig
Volker Teichert
Stefan Wilhelmy

Forschungsstätte der Evangelischen
Studiengemeinschaft e.V. (FEST)
Institut für interdisziplinäre Forschung
Schmeilweg 5
69118 Heidelberg
Tel.: 06221/9122-0, Fax: 06221/167256
E-Mail: hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de

PROJEKTBEGLEITUNG:

Landesanstalt für Umweltschutz
Baden-Württemberg, Referat 21
Griesbachstr. 1
76185 Karlsruhe
Tel.: 0721/983-1542, -1450
Fax: 0721/983-1414
E-Mail: agendabuero@lfuka.lfu.bwl.de

GRAPHISCHES KONZEPT:

Cinzia Fenoglio, artefatti, Mannheim

August 2006

Gedruckt auf Recyclingpapier

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten heute den ersten Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Geislingen in den Händen.

Der etwas sperrige Begriff Nachhaltigkeit wurde 1987 von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) folgendermaßen definiert:

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

Maßnahmen, die einer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Entwicklung dienen sollen, berücksichtigen sowohl ökologische als auch ökonomische und soziale Belange.

In der Konferenz für Umwelt und Entwicklung, die 1992 in Rio stattgefunden hat, wurden solche Maßnahmen entwickelt und als „Agenda 21“ beschlossen.

Um eine nachhaltige Entwicklung auch in Geislingen in Gang zu bringen, fasste der Gemeinderat im November 1998 den Beschluss, eine „Lokale Agenda 21“ für Geislingen zu erarbeiten und dabei die Bürgerschaft einzubeziehen.

Da die Aufgabe einer Lokalen Agenda 21 ohne bürgerschaftliches Engagement nicht bewältigt werden kann, wurden in Geislingen diese beiden Prozesse schon früh miteinander verbunden.

Mit der Gründung des „Netzwerkes Bürgerschaftliches Engagement“ und des „Lenkungsausschusses Bürgerschaftliches Engagement“ wurde der Agendaprozess auf eine breite Basis gestellt.



Wie sieht es mit der nachhaltigen Entwicklung in Geislingen aus? Um das zu überprüfen, wurde das Indikatorensystem verwendet, das von den Umweltministerien der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Thüringen gemeinsam entwickelt wurde.

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht ermöglicht es, den Stand der Stadt Geislingen in verschiedenen Bereichen darzustellen und eventuelle Handlungsfelder aufzuzeigen.

Wolfgang Amann

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'W. Amann'. The signature is fluid and cursive.

Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Die Lokale Agenda 21.....	3
Lokale Agenda 21 in Geislingen	4
Nachhaltigkeit messen.....	8
Die Indikatoren	10

ÖKOLOGIE

A1 Geringe Abfallmengen	12
A2 Möglichst niedrige Luftverschmutzung	13
A3 Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen	14
A4 Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen	15
A5 Möglichst niedriger Energie-Einsatz.....	16
A6 Umwelt und sozialverträgliche Mobilität	17

ÖKONOMIE

B1 Gleichmäßige Verteilung von Arbeit	18
B2 Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad	19
B3 Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	20
B4 Hohe Preisniveaustabilität.....	21
B5 Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte	22
B6 Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes.....	23

GESELLSCHAFT/SOZIALES

G1 Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen	24
G2 Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung	25
G3 Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur	26
G4 Hohes kulturelles Angebot.....	27
G5 Hohes Gesundheitsniveau	28
G6 Hohes Sicherheitsniveau	29

PARTIZIPATION

D1 Hohes ehrenamtliches Engagement	30
D2 Hohes demokratisches Engagement	31
D3 Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit	32
D4 Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben	33
D5 Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen	34
D6 Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess	35

Wie geht es weiter?	36
---------------------------	----

Anhang

Quellen und Literatur	37
Adressen und Ansprechpartner	38

Die Lokale Agenda 21

WORUM GEHT ES BEI NACHHALTIGER ENTWICKLUNG UND AGENDA 21?

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wurde schon Ende des 18. Jahrhunderts von der deutschen Forstwirtschaft geprägt. Georg Ludwig Hartig, Oberforstmeister aus Dillenburg, schrieb vor über 200 Jahren, dass die Wälder so genutzt werden sollen, „dass die Nachkommenschaft ebensoviel Vorteile daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet“.

Eine ähnliche Definition der „Nachhaltigen Entwicklung“ verwendet auch der Brundtland-Bericht von 1987; hier heißt es: „Unter dauerhafter Entwicklung verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

Durch die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED), die im Jahr 1992 in Rio de Janeiro abgehalten wurde, ist „sustainable development“ als Leitbegriff weltbekannt geworden; er bildet einen Bezugspunkt für integrative Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Ob „nachhaltig“, „dauerhaft umweltgerecht“ oder „zukunftsfähig“ – der Begriff lässt viele alternative und abstrakte Auslegungen zu, dennoch besteht eine breite Übereinstimmung, dass Nachhaltigkeit nicht auf den Bereich der Ökologie zu beschränken ist, sondern dass auch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Aspekte zu berücksichtigen sind. Nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene müssen Schutz der Umwelt, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Belange und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger integriert werden, denn nur ein Gleichgewicht dieser verschiedenen Aspekte kann zu einer nachhaltigen Entwicklung führen.

Auf der bereits genannten Konferenz in Rio unterzeichneten 179 Staaten ein „Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert“ – die so genannte Agenda 21. In dem mehrere hundert Seiten umfassenden Dokument werden Handlungsmaßnahmen beschrieben, die zur Umsetzung einer globalen nachhaltigen Entwicklung beitragen sollen. Die 40 Kapitel enthalten unter anderem Instrumente für die Bereiche Klima- und Energiepolitik, Armutsbekämpfung sowie Bevölkerungs- und Landwirtschaftspolitik. Die Ziele können in diesen Politikfeldern nur dann erreicht werden, wenn auch vor Ort, auf der regionalen und lokalen Ebene, eine nachhaltige Entwicklung verfolgt wird.

Bereits im Vorfeld der UNCED-Verhandlungen konnten sich die vom Internationalen Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) vertretenen Kommunen mit ihrer Forderung durchsetzen, nicht nur als ausführende Organe nationaler Politik, sondern als eigenständige Akteure bei der Umsetzung des Aktionsprogramms berücksichtigt zu werden. Daher fordert Kapitel 28 der Agenda 21 in Rio explizit weltweit die Beteiligung der Kommunen: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine ‚kommunale Agenda 21‘ beschließen.“

Dieser Aufruf soll Kommunen dazu bewegen, einen Lokale-Agenda-21-Prozess in Gang zu setzen und mit allen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort ein Handlungsprogramm zu erarbeiten. Jede Kommune muss dabei unter Beachtung ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen ihren eigenen Weg finden.

Das bedeutet: Kommunen sind aufgerufen, ihre Stärken, aber auch ihre Schwächen im Blick auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu ermitteln. Sie können sich Ziele setzen und ihren Weg mit Hilfe von Indikatoren zu den verschiedenen Problembereichen sichtbar machen. Vor allem aber können sie Maßnahmen und Projekte entwickeln, die dazu beitragen, diese Ziele zu verwirklichen.

Lokale Agenda 21 in Geislingen

WAS IST BISLANG GESCHEHEN?

März 1998: Antrag der Grün-Alternativen Liste (GAL) im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, eine Lokale Agenda für Geislingen aufzustellen, „unter Einbeziehung aller wichtigen kommunalen Akteure aus den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales“.

November 1998: Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine Lokale Agenda 21 zu erarbeiten. Dazu wird in der Verwaltung ein Projektteam gebildet, das von der Umweltbeauftragten geleitet wird. Dem Projektteam gehören neben der Umweltbeauftragten auch die Leiterin der Abteilung Stadtplanung, der Leiter der Volkshochschule, der städtische Wirtschaftsbeauftragte, die Leiterin des Amtes für Schulen, Sport, Jugend und Soziales sowie die Leiterin des Bürgertreffs an.

1999: Die Arbeitsgruppe führt eine Fragebogenaktion in der Bevölkerung durch, um herauszufinden, welche Schwerpunktthemen im Agendaprozess behandelt werden sollen.

Das Logo für den Geislinger Agendaprozess wird gestaltet:



Oktober 1999: „Zukunftsfest Geislingen“ mit Vorstellung der Ergebnisse aus der Fragebogenaktion. An dem Abend bilden sich drei Arbeitsgruppen:

1. Stadtgestaltung, Umwelt und Verkehr
2. Arbeit und Wirtschaft
3. Soziales, Kultur, Freizeit

März 2000: Erster Bericht über den Stand der Lokalen Agenda 21 im Gemeinderat.

November 2001: Informationsbesuch in Filderstadt zu bürgerschaftlichem Engagement und Lokaler Agenda 21. Eingeladen waren Mitglieder der Agendagruppen und andere Engagierte sowie Mitglieder von Stadtverwaltung und Gemeinderat.

Projekte der Arbeitsgruppen

AG Arbeit und Wirtschaft

Diese Arbeitsgruppe hat sich leider noch im Jahr 2000 aufgelöst. Es kamen nur noch sehr wenige Interessierte zu den Treffen und zuletzt stand auch der Moderator aus terminlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung.

AG Stadtgestaltung, Umwelt und Verkehr

- Fotoaktion zu verblassendem Glanz und neuen Lebensräumen in einer lebenswerten Stadt (April 2000)
- Vorschläge zum Thema Verkehr wurden erarbeitet und an die Stadtverwaltung übergeben (Februar 2001)
- Bemühungen um die Einrichtung eines Bauernmarktes in Geislingen (in Kooperation mit der städtischen Wirtschaftsförderung) blieben leider erfolglos.
- Auflösung der Gruppe im Jahr 2002

AG Soziales, Kultur, Freizeit

Altenstädter Rathaustrreff

Nach einer Bestandsaufnahme zu den bestehenden Angeboten in den Bereichen Soziales, Kultur und Freizeit in Geislingen stellte sich heraus, dass im Stadtteil Altstadt in dieser Hinsicht Bedarf besteht.

In einer Fragebogenaktion wurden dazu gezielt die Altenstädter Bewohner/innen befragt. Daraus ergab sich, dass vor allem eine Begegnungsmöglichkeit vermisst wird.

Auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten stieß die Gruppe auf das historische Altenstädter Rathaus, das sich in städtischem Besitz befindet.



Nach einer längeren Umbauphase mit viel Eigenleistung der Agendagruppe konnte der „Altenstädter Rathaustrreff“ am 10. Juli 2004 mit einem kleinen Fest offiziell eröffnet werden und steht seither Gruppen, Vereinen und anderen Initiativen als Treffpunkt zur Verfügung.



Belebung des Bouleplatzes am Sternplatz

Im Zuge der Umgestaltung des Geislinger Sternplatzes wurde auch ein Bouleplatz eingerichtet. Die Nutzung des Platzes ließ etwas zu wünschen übrig, so dass die Agendagruppe im Februar 2005 beschloss, den Platz mit Hilfe verschiedener Aktionen zu beleben.

Lokale Agenda 21 in Geislingen

WAS IST BISLANG GESCHEHEN?



Dazu wurden im Juli 2005 öffentlichkeitswirksam zwei Bouleturniere organisiert. An einem der Turniere beteiligten sich auch Gäste aus der französischen Partnerstadt Montceau-les-Mines.

Auch im Juli 2006 fand wieder ein Bouleturnier mit der französischen Delegation statt. Das Spiel entwickelt sich damit langsam zu einem festen Programmpunkt im Rahmen des jährlichen Geislinger Stadtfestes.

Behindertengerechter Naturlehrpfad im Naturschutzgebiet Rohrachtal

Derzeit arbeitet die Agendagruppe an einem neuen Projekt. In Kooperation mit der Ortsgruppe Geislingen des Naturschutzbundes NABU, dem Stadtbehindertenring und dem Forstamt soll im Naturschutzgebiet Rohrachtal ein behindertengerechter Naturlehrpfad eingerichtet werden. Gedacht ist an einen Lehrpfad mit Schautafeln, die Informationen zu dem Naturschutzgebiet liefern sowie an einen Steg mit Aussichtsplattform über den See.

Die Agendagruppe Soziales, Kultur und Freizeit ist also nach sieben Jahren nach wie vor aktiv.

Neue Entwicklungen

Bereits seit dem Jahr 2001 wird der Prozess der Lokalen Agenda 21 in Geislingen von der städtischen Umweltbeauftragten gemeinsam mit der Fachkraft für Bürgerengagement koordiniert. Das geschieht aus dem Verständnis heraus, dass es sich bei dem Agendaprozess um eine neuere Form des bürgerschaftlichen Engagements handelt.

Geislingen auf dem Weg zur Bürgerkommune

Aufgrund der Exkursion nach Filderstadt im November 2001 entstand der Wunsch, die Zusammenarbeit von Engagierten (u.a. in der Lokalen Agenda 21), Stadtverwaltung und Gemeinderat zu verbessern. Deshalb wurde Anfang 2002 ein Workshop „Bürgerschaftliches Engagement“ unter externer Moderation durchgeführt.

Nach dem Workshop erarbeitete eine Kleingruppe Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen engagierten Bürger/innen, Kommunalpolitik und Stadtverwaltung in Geislingen. Darin wurde u.a. die Einrichtung eines paritätisch besetzten Gremiums bestehend aus Vertretern von Politik, Verwaltung und Engagierten unter der Leitung des Oberbürgermeisters vorgeschlagen. Aufgaben dieses Gremiums sollten Informations- und Erfahrungsaustausch sowie Projektsteuerung sein.

Netzwerk BE

Im November 2003 wurde das „Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Geislingen“ gegründet, das sich als Interessensvertretung der freiwillig Engagierten versteht und deren Vernetzung fördern will.

Ein Ziel des Netzwerkes ist laut Geschäftsordnung die Mitwirkung an einer nachhaltigen Stadtentwicklung.



Derzeit sind 27 Gruppen, Initiativen und Vereine Mitglied im Netzwerk, darunter die Agendagruppe Soziales, Kultur und Freizeit, der Geislinger Umweltstamm, der Stadtbehindertenring, der Frauenrat, der Förderverein Spielseln und der Stadtseniorenrat.

Das Netzwerk trifft sich zwei- bis dreimal jährlich um Erfahrungen auszutauschen, Informationen weiter zu geben und über Projekte zu diskutieren, die in den Lenkungsausschuss eingebracht werden sollen.

Lenkungsausschuss BE

Ebenfalls im November 2003 wurde der „Lenkungsausschuss Bürgerschaftliches Engagement in Geislingen“ gegründet, wie es in den Empfehlungen der Kleingruppe vorgeschlagen worden war.

Das paritätisch besetzte Gremium aus Vertretern des Gemeinderates, der Stadtverwaltung und des Netzwerkes BE trifft sich zweimal im Jahr zur Projektsteuerung und zum Informations- und Erfahrungsaustausch.

Lokale Agenda 21 in Geislingen

WAS IST BISLANG GESCHEHEN?

Lenkungsausschuss Bürgerschaftliches Engagement Geislingen

Vorsitz Oberbürgermeister

Verwaltung	Politik	Engagierte
5 Fachbereichsleiter sowie beratend Fachkraft BE und Umweltbeauftragte	4 Vertreter der GR-Fraktionen und 1 Jugendgemeinderat	11 Delegierte aus den Mitgliedsgruppen des Netzwerkes BE

Verwaltung + Politik inkl. OB = 11
(stimmberechtigt)

Engagierte = 11

Dem Lenkungsausschuss BE wurden von der jahrelang bestehenden Initiative Bürgerengagement e.V. bei deren Auflösung insgesamt 50.000 € zur Verfügung gestellt. Die Auflage war, dass über einen Zeitraum von 10 Jahren jährlich 5.000 € unter anderem für Projekte zur Verfügung gestellt werden, die eine nachhaltige Stadtentwicklung zum Ziel haben.

Als förderfähig werden dabei gemäß der Geschäftsordnung solche Projekte angesehen, die die soziale, ökologische, kulturelle und gesellschaftspolitische Entwicklung der Stadt unterstützen.

In jeder Sitzung des Lenkungsausschusses können von allen Mitgliedern Projekte vorgestellt werden, für die die vorhandenen Mittel verwendet werden sollen. Die Anträge von den Engagierten werden jeweils in den Sitzungen des Netzwerkes vorbesprochen. Der Lenkungsausschuss entscheidet dann über die Vergabe der Mittel.

Zukunft der Lokalen Agenda 21 in Geislingen

In der Lenkungsausschuss-Sitzung im Oktober 2005 wurde von der Fachkraft BE und der städtischen Umweltbeauftragten, die schon seit Jahren gemeinsam den Agendaprozess koordinieren, darauf hingewiesen, dass Agendaarbeit in Geislingen nicht ausschließlich in der Agendagruppe Soziales, Kultur und Freizeit geleistet wird. Sowohl das Netzwerk BE als auch der Lenkungsausschuss BE haben in der jeweiligen Geschäftsordnung das Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung verankert.

Es wurde daher vorgeschlagen, den Geislinger Agendaprozess auf das Netzwerk und den Lenkungsausschuss BE auszudehnen. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Beispiele für nachhaltige Projekte verschiedener Gruppen des Netzwerkes BE:

Förderverein Spielinseln

Einrichtung von Spielgelegenheiten für Kinder in der Stadt

Umweltstammtisch

- Warentauschtag
- Putz-Party an Schulen
- Geplante Veranstaltung zu alternativen Energien

Stadtseniorenrat

Aktionen für und mit Spätaussiedlern

Agendagruppe Soziales, Kultur und Freizeit

- Altenstädter Rathaustreff
- Behindertengerechter Naturlehrpfad durch das NSG Rohrtal (in Kooperation mit Stadtbehindertenring, Forstamt und NABU)

Arbeitskreis BE von und mit Unternehmen und Einrichtungen

„Licht für die Lange Gasse“ mit Aktionen zur Belebung einer Straße in der Geislinger Altstadt

Lokale Agenda 21 in Geislingen

WAS IST BISLANG GESCHEHEN?

Projektbeispiele:



Putz-Party Tegelbergsschule 2004



Warentauschtag 2005



Werkstatt Lange Gasse

Licht für die Lange Gasse



Nachhaltigkeit messen

WARUM BRAUCHT MAN INDIKATOREN?

Indikatoren sind Mess- oder Kenngrößen für die Bewertung und Trendbeschreibung zentraler Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung. Werden mehrere Indikatoren in systematischer Art und Weise zusammengefasst, so spricht man von einem Indikatorensystem. Das hier vorgestellte Indikatorensystem orientiert sich an Leitlinien und Kriterien, die für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in Kommunen und bei der Lokalen Agenda eine zentrale Rolle spielen. Dabei werden vier Bereiche angesprochen: Ökologie, Ökonomie, der soziale Bereich und der Bereich der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. In jedem dieser Bereiche wurden jeweils sechs Leitlinien oder Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung formuliert, die wiederum mit je einem zentralen Indikator beschrieben werden.

Mit den vier Bereichen sind die Handlungsfelder genannt, um die es bei dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung geht; die Leitlinien oder Teil-Ziele benennen einzelne Problemfelder; die Indikatoren schließlich können im Rahmen der Kommunalpolitik verschiedene Funktionen übernehmen:

- sie können verdeutlichen, wo möglicherweise Handlungsbedarf in der Kommune besteht, an welchen Stellen und in welcher Richtung Verbesserungen möglich sind;
- sie signalisieren außerdem, wo in der letzten Zeit etwas erreicht wurde, wo kommunalpolitische Maßnahmen oder die Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich waren;
- sie erlauben (mit Einschränkungen) einen Vergleich mit anderen Kommunen;

– und sie können Lücken in den vorhandenen Daten identifizieren und so Verbesserungen in der Kommunalstatistik anregen.

Mit anderen Worten: Indikatoren und Indikatorensysteme können dabei helfen, die richtigen Maßnahmen zu finden, um die Lebensqualität in der Kommune zu erhöhen oder sicherzustellen. Wie die Lokale Agenda 21 auch, so richtet sich das Indikatorensystem keineswegs nur an die Kommunalpolitik oder an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung. Eine breite Diskussion der Entwicklungen, die durch die Zeitreihen der Indikatoren deutlich zutage treten, kann dazu beitragen, Projekte zur Kommunalentwicklung zu finden, die schließlich das „Herz“ jeder Lokalen Agenda sind.

Das Indikatorensystem enthält jene 24 Indikatoren, die im Leitfaden „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“ vorgeschlagen wurden. Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte dieses Leitfadens verdeutlicht besonders gut, wie das Indikatorensystem verwendet werden kann – und wo seine Grenzen liegen.

Die Arbeit an dem System begann in den Jahren 1996/97, als mit Förderung durch das Projekt „Angewandte Ökologie“ der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg in einem Pilotprojekt ein System mit 60 Indikatoren für die Stadt Heidelberg und den Rhein-Neckar-Kreis entwickelt und getestet wurde. Dazu wurden bereits vorliegende Systeme ausgewertet; vor allem aber wurden ein Katalog möglicher Teil-



Ziele nachhaltiger Entwicklung und, in einem zweiten Schritt, die dazugehörigen Indikatoren mit vielen verschiedenen Gruppen und Gesprächskreisen in den beteiligten Kommunen diskutiert und Vorschläge zur Überarbeitung gesammelt. Die Teil-Ziele und Indikatoren dieses Pilotprojektes können daher als Ergebnis eines längeren Prozesses angesehen werden, an dem verschiedene Gruppen von Wissenschaftlern, vor allem aber auch Bürgerinnen und Bürger der Region beteiligt waren. Insbesondere die Formulierung der Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung erwiesen sich dabei weitgehend als konsensfähig.

In einer zweiten Phase wurde die Arbeit an Indikatorensystemen auf weitere Kommunen ausgedehnt, deren Verwaltungen Interesse an einer Übertragung auf ihre Stadt hatten. Bereits bei den Studien, die für die Stadt Viernheim in Südhessen und für Aalen im Ostalbkreis entstanden, zeigte es sich, dass an einigen Stellen der Wunsch auftrat, sowohl die Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung als auch Indikatoren an die jeweils lokalen Gegebenheiten anzupassen. Hier und in einer weiteren Studie für Luxembourg-Stadt wurde aber deutlich, dass es einen Kernbereich von Teil-Zielen und Indikatoren gab, die von den meisten Beteiligten für unverzichtbar gehalten wurden.

Aus diesen Erfahrungen entstand die Idee, ein möglichst leicht handhabbares und praxisnahes Indikatorensystem zu entwickeln, das auf der einen Seite einen Kern von festen Indikatoren enthält, auf der anderen Seite aber flexibel genug sein sollte, um durch die Aufnahme zusätzlicher Teil-Ziele und Indikatoren auf die besonderen Gegebenheiten einer Kommune reagieren zu können.

Ein erster Entwurf eines solchen Systems wurde im Auftrag der Umweltministerien von vier Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Thüringen) und in Zusammenarbeit mit 16 Kommunen erstellt und getestet. Beteiligt waren zwölf Gemeinden (Alsfeld, Aschaffenburg, Augsburg, Boll, Erfurt, Heideiland-Elstertal, Hohenstein, Karlsruhe, Mühlhausen/Thür., Rödentel, Rüsselsheim und Waiblingen) sowie vier Landkreise (Darmstadt-Dieburg, Lörrach, Nordhausen und Roth). Die Erfahrungen dieses Projekts führten dann zur Erarbeitung des bereits erwähnten Leitfadens.

Der vorliegende Indikatorenbericht enthält die 24 Kern-Indikatoren des Leitfadens. Einige Problembereiche, die für Lokale Agenda-Prozesse häufig eine große Rolle spielen, wurden bei den vorliegenden Kern-Indikatoren nicht berücksichtigt, da methodische

Probleme zum jetzigen Zeitpunkt wissenschaftlich noch nicht genügend geklärt sind oder sich die Datenerhebung extrem aufwendig gestalten würde. Der erstgenannte Grund ist dafür verantwortlich, dass sich unter den Kern-Indikatoren kein eigenständiger Indikator zur Artenvielfalt findet. Extrem aufwendig würde sich etwa die Erhebung objektiver Daten zur Lärmbelastung gestalten; dieser Aufwand schien für den vorliegenden Bericht nicht zumutbar.

Eine weitere Lücke besteht bei den sogenannten „weichen“ Indikatoren, mit denen Einstellungen und das subjektive Empfinden der Lebensqualität der Wohnbevölkerung nachgezeichnet werden können. Weiche Indikatoren lassen sich durch periodisch wiederholte standardisierte Repräsentativbefragungen ermitteln. Auch dieser Bereich ist aufgrund des hohen Aufwandes, der für belastbares Datenmaterial notwendig ist, zunächst nicht berücksichtigt worden. Der vorliegende Bericht ist ein Anfang. Wichtig ist weniger der Vergleich der Kommunen untereinander, sondern die Betrachtung der Entwicklung der eigenen Kommune im Zeitablauf. Wo stand die Kommune vor zehn Jahren – wo steht sie heute? Haben eigene Anstrengungen, Maßnahmen und Projekte erkennbare Wirkungen? In dieser Perspektive ist es wichtig, den Kern-Satz von Indikatoren dort zu ergänzen, wo es für die eigene Arbeit geboten ist. Die Diskussion darüber ist auch und gerade ein Thema der Lokalen Agenda.

Die Indikatoren

ÖKOLOGIE

- A1 Geringe Abfallmengen**
Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner
- A2 Möglichst niedrige Luftverschmutzung**
Schadstoffbelastungen in t/qkm
- A3 Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen**
Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche
- A4 Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen**
Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag
- A5 Möglichst niedriger Energie-Einsatz**
Stromverbrauch in kWh pro Einwohner
- A6 Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität**
Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner

ÖKONOMIE

- B1 Gleichmäßige Verteilung von Arbeit**
Arbeitslosenquote (differenziert nach Frauen und Männern)
- B2 Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad**
Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt
- B3 Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur**
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen
- B4 Hohe Preisniveaustabilität**
Preisindex der Mieten
- B5 Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte**
Kommunale Schulden je Einwohner in Euro
- B6 Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes**
Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit

GESELLSCHAFT/SOZIALES

- C1 Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen**
Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohner
- C2 Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung**
Anzahl der Auszubildenden je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- C3 Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur**
Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo
- C4 Hohes kulturelles Angebot**
Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Einwohner
- C5 Hohes Gesundheitsniveau**
Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen
- C6 Hohes Sicherheitsniveau**
Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION

- D1 Hohes ehrenamtliches Engagement**
Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner
- D2 Hohes demokratisches Engagement**
Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament
- D3 Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit**
Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts
- D4 Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben**
Anteil der Frauen im Kommunalparlament
- D5 Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen**
Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts
- D6 Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess**
Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einwohner

Geringe Abfallmengen

A1 INDIKATOR: Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner

Ö K O L O G I E

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Zu den Siedlungsabfällen gehören Haus- und Sperrmüll einschließlich hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle, ferner Grün- und Bio-Abfälle, Wertstoffe aus kommunalen Wertstoffsammlungen sowie Fäkalien, Rückstände aus der Kanalisation, Wasserreinigungsschlämme aus öffentlichen Anlagen und kommunale Klärschlämme. Produktionsabfälle und Sondermüll zählen ebensowenig zu den Siedlungsabfällen wie Bodenaushub, Bauschutt oder Straßenaufbruch.

■ ZIELSETZUNG

Eine möglichst niedrige Abfallmenge spricht für eine besonders nachhaltige Wirtschaft: Die Stoffströme sind gering, der mit der Entsorgung der Abfälle verbundene Energie- und Transportaufwand ist niedrig, der endgültige Verbrauch natürlicher Ressourcen ebenfalls. Dennoch – eine gewisse Vorsicht ist am Platz: Die Recyclingrate kann eine gewisse Entlastung schaffen und muss zur Interpretation der absoluten Zahlen des Abfallaufkommens mit herangezogen werden. Dennoch: In hochentwickelten Ländern kann in den nächsten Jahren eine Zielsetzung in einer deutlichen Reduktion des Abfallaufkommens pro Kopf bestehen.

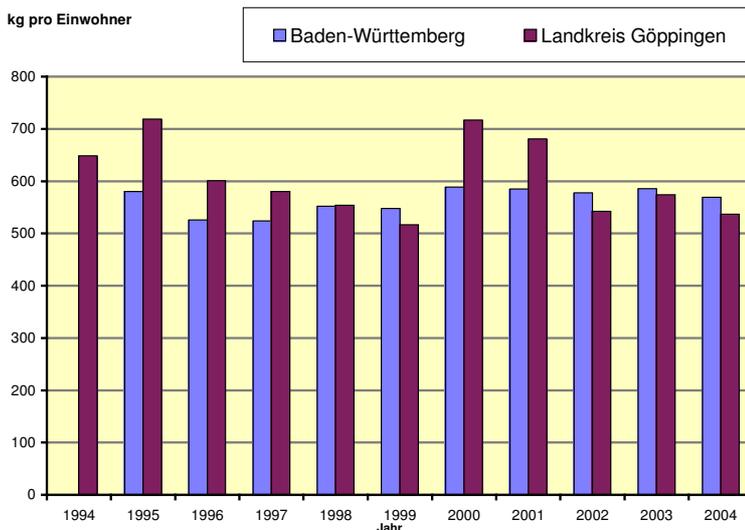


■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Da die Zahlen für die Stadt Geislingen nicht aus den gesammelten Daten errechnet werden können, werden die Zahlen des Statistischen Landesamtes für den Landkreis Göppingen verwendet.

Nach Jahren des Rückgangs wurden in den Jahren 2000 und 2001 deutlich mehr Abfälle produziert. Dieser Trend konnte jedoch wieder gestoppt werden und die Abfallmenge liegt nun wieder unter dem Landesdurchschnitt. Der niedrigste Wert aus dem Jahr 1999 konnte bisher aber leider noch nicht unterboten werden.

Siedlungsabfälle



Möglichst niedrige Luftverschmutzung

A2

INDIKATOR: Schadstoffbelastungen in t/qkm

Ö K O L O G I E

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Die Ergebnisse von Immissionskonzentrationen sind als Ergebnis laufender punktueller Messungen verfügbar. Angegeben wird der Jahresmittelwert dieser Messungen.

■ ZIELSETZUNG

Je niedriger die Immissionen sind, desto besser sind die Luftgütewerte. Eine nicht zufrieden stellende Situation bei der Luftgüte erfordert eine genauere Ursachenanalyse und danach die Arbeit an Projekten, die zu einer Entlastung führen könnten.



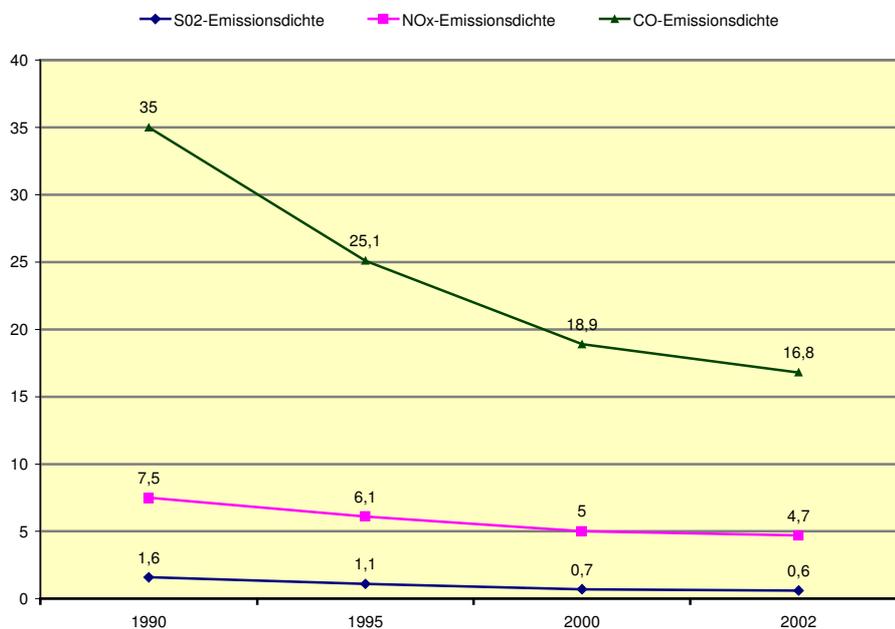
■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Daten stehen nur bezogen auf den gesamten Landkreis Göppingen zur Verfügung. Sie umfassen die Emissionen der Emittentengruppen öffentliche Wärmekraftwerke, Industrie / Feuerungen, Haushalte und Kleinverbraucher sowie Verkehr.

Die Ergebnisse zeigen zwischen 1990 und 2002 eine kontinuierliche Abnahme der Luftbelastung an.

Dies ist vor allem auf die Verbesserung von Verbrennungsprozessen (Auto, Heizung etc.) zurückzuführen.

Luftbelastung in t/qkm



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen

A3

INDIKATOR: Bodenflächen nach Nutzungsarten in % der Gesamtfläche

Ö K O L O G I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Die laufenden Flächenerhebungen der Statistischen Landesämter weisen unter anderem die folgenden wichtigsten Kategorien aus: Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich zusammen aus Gebäudeflächen und unbebauten Freiflächen, die den Zwecken der Gebäude untergeordnet sind, den Betriebsflächen, die überwiegend gewerblich oder industriell genutzt werden, den Erholungsflächen, etwa Sportplätzen, und den unbebauten, aber versiegelten Flächen, die dem Straßen-, Schienen- und Luftverkehr dienen. Landwirtschaftliche Flächen werden für Ackerbau, Wiesen- oder Weidewirtschaft, Garten- oder Weinbau genutzt. Als natürliche Flächen werden Wasser- und Waldflächen getrennt ausgewiesen. Unter Flächen anderer Nutzung werden schließlich Übungsgelände, Schutzflächen wie Deiche, Dämme und Lärmschutzwälle, historische Flächen, Friedhöfe und das sogenannte „Unland“ zusammengefasst: Letzteres sind unbebaute Flächen, die nicht geordnet genutzt werden, wie Felsen oder stillgelegtes Abbauland.

ZIELSETZUNG

Dass Menschen zum Wohnen und Arbeiten Häuser brauchen, und Straßen, Wege und Plätze, um von einem Ort zum anderen zu kommen, ist unbestritten. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche – wie auch der Anteil der Betriebsfläche – kann nicht unter einen bestimmten Prozentsatz fallen, sonst können die Menschen, die in dieser Region leben, ihre Grundbedürfnisse nicht angemessen befriedigen. Aber wenn dieser Anteil über einen bestimmten Prozentsatz steigt, kommt die Natur immer weniger zu ihrem Recht – und das wirkt sich wiederum negativ auf die Lebensqualität aus.



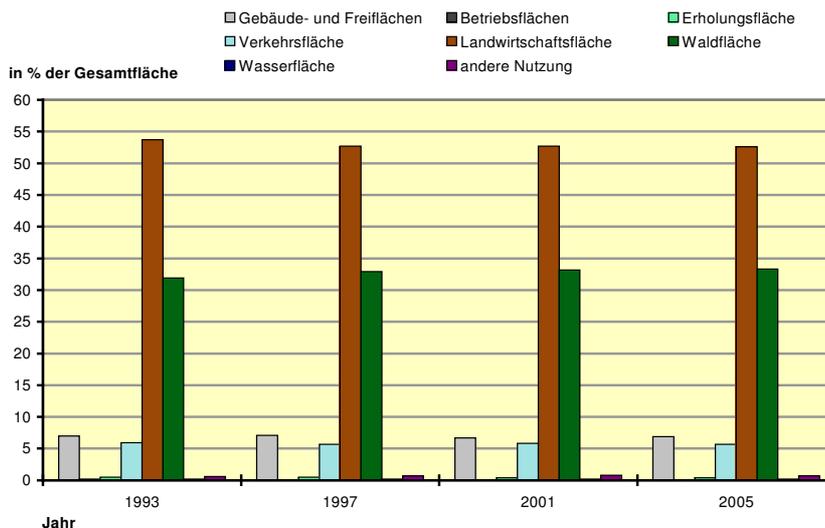
Ein steigender Flächenverbrauch ist oft ein Ausdruck dafür, „Kosten des Fortschritts“ nicht zu bezahlen, sondern kommenden Generationen zu überlassen. Eine Zielsetzung könnte hier zumindest in einer Begrenzung des weiteren Anstiegs des Flächenverbrauchs bestehen.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Flächennutzung blieb zwischen 1993 und 2005 nahezu konstant.

Leicht zurückgegangen ist der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche, wohingegen der Anteil der Waldfläche leicht angestiegen ist.

Bodenflächen nach Nutzungsarten



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen

A4

INDIKATOR: Wasserverbrauch der privaten Haushalte in l/Ew*d

Ö K O L O G I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird hier der spezifische Wasserbedarf in Liter je Einwohner und Tag (l/Ew*d). In der Statistik ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen enthalten, nicht aber der Verbrauch von öffentlichen Einrichtungen und Industriebetrieben.

ZIELSETZUNG

Ein steigender Wasserverbrauch im Bereich privater Haushalte kann durch eine Veränderung der Verhaltensmuster und Konsumgewohnheiten verursacht werden. Beim Wasserverbrauch ist jedoch derzeit kaum eine klare Tendenz auszumachen – Haushalte, Dienstleistungsunternehmen und Kleingewerbe verbrauchen heute etwa so viel wie vor zwanzig Jahren, wobei es Schwankungen von Jahr zu Jahr bis zu 20% gibt. Auch gibt es von Kommune zu Kommune große Unterschiede; die zum Teil auf Sondereffekte zurückzuführen sind, die beispielsweise in Kurstädten und Fremdenverkehrsregionen zum Tragen kommen. Eine Stabilisierung des Wasserverbrauchs auf 100 l/Ew*d wäre jedoch eine vertretbare Größe.

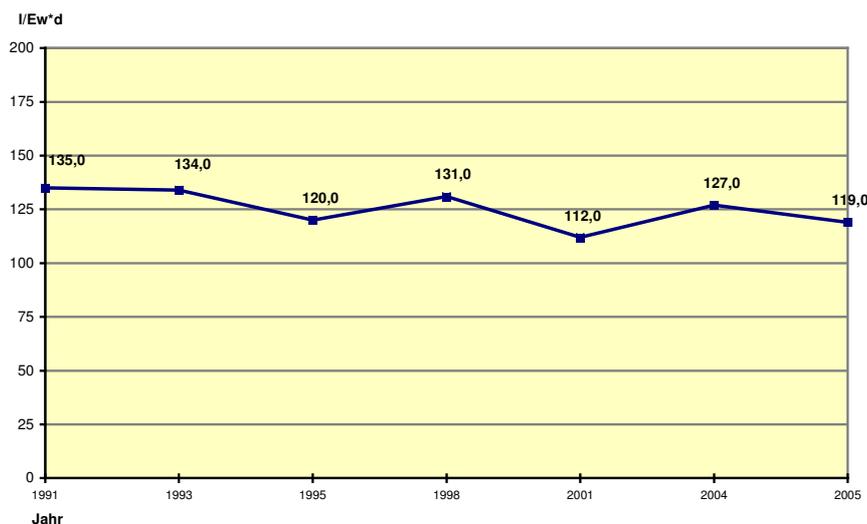


ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Der Wasserverbrauch ist in Geislingen seit 1991 rückläufig. Insgesamt liegt der Durchschnitt unterhalb des Bundesdurchschnitts, der 2002 bei 129 Liter je Einwohner lag.

Dieser Indikator ist stark durch das Verbrauchsverhalten beeinflussbar. Ansatzpunkte für Wassereinsparungen sind der Austausch alter Haushaltsgeräte durch moderne, wassersparende Geräte, der Einbau von Durchflussbegrenzern und Perlatoren im sanitären Bereich sowie die Nutzung von Wasserspartasten bei Toiletten. Als Anreiz zum Wassersparen können die Gebühren für Trink- und Abwasser benutzt werden.

Wasserverbrauch der privaten Haushalte



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Energieversorgung Filstal

Möglichst niedriger Energie-Einsatz

A5

INDIKATOR: **Stromverbrauch in kWh je Einwohner**

Ö K O L O G I E

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird hier der spezifische Stromverbrauch je Einwohner und Jahr. In der Statistik enthalten ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen, sowie der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und von Industriebetrieben.

■ ZIELSETZUNG

Der durchschnittliche Stromverbrauch der privaten Haushalte ist in der Bundesrepublik von 1.524 kWh pro Einwohner im Jahr 1992 auf 1.638 kWh pro Einwohner im Jahr 1998 angestiegen. Dieser Anstieg ist zu einem gewissen Teil durch eine Verlagerung von anderen Energieformen auf den Stromverbrauch zu erklären. Doch diese Entwicklung macht auch deutlich, dass Energieeinsparung in absehbarer Zeit die beste Energiequelle bleiben wird. Im Rahmen von Lokalen Agenda-Prozessen ist die Formulierung lokaler Energieversorgungskonzepte ein wichtiges Instrument zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Energiesystems. Eine Absenkung des Stromverbrauchs (um etwa 30%) wäre jedoch machbar und in jedem Fall ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.



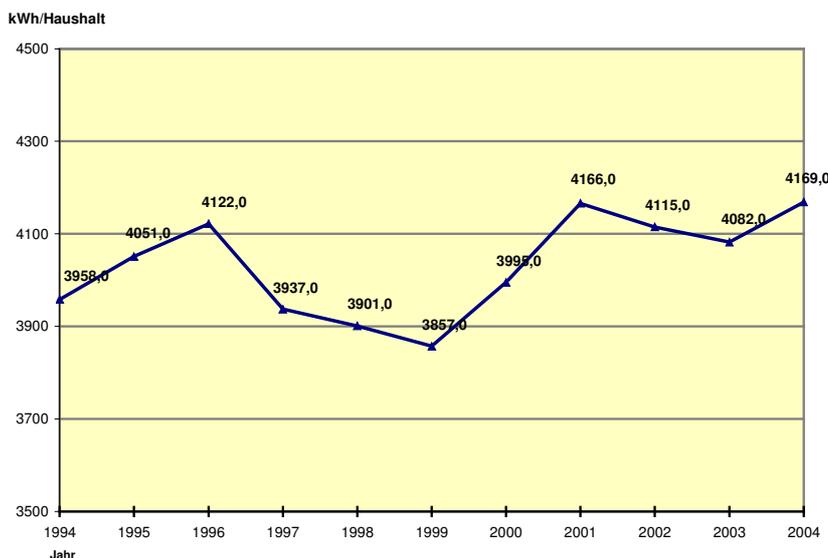
■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Für Geislingen liegen keine Gesamtdaten über den Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungen vor. Verfügbar sind lediglich Daten über den Verbrauch der privaten Haushalte, jedoch nicht über den Verbrauch pro Kopf.

Seit dem Jahr 1999 (3.857 kWh pro Haushalt) stieg der Stromverbrauch auf 4.169 kWh im Jahr 2004 an. Das entspricht einer Zunahme von ca. 8%. Geht man bei einem Privathaushalt von durchschnittlich zwei bis drei Personen aus, liegt der Stromverbrauch pro Kopf im Jahr 2004 bei 1.390 kWh bis 2.084 kWh.

Diese Zahlen sind mit dem oben angegebenen Bundesdurchschnitt, der auch den Verbrauch von Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen betrachtet, nicht zu vergleichen.

Stromverbrauch der Haushalte



Quelle: Alb-Elektrizitätswerk Geislingen

Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität

A6

INDIKATOR: Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner

Ö K O L O G I E

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird der Bestand der Pkw, differenziert nach Schadstoffklassen, wobei nicht zwischen angemeldeten und vorübergehend stillgelegten Fahrzeugen unterschieden wird. Mopeds und Krafträder bleiben unberücksichtigt.

■ ZIELSETZUNG

Die Entwicklung im motorisierten Individualverkehr der letzten Jahrzehnte kann nicht als nachhaltig bezeichnet werden. Es gibt kaum ein anderes Techniksystem, das in so vielen Bereichen Schäden anrichtet. Doch ist es auch nicht hilfreich, das Auto pauschal zu verteufeln. Ziele müssen regional und lokal angepasst formuliert werden, da sich geografische Gegebenheiten, die örtliche Infrastruktur und nicht zuletzt die Siedlungsdichte erheblich unterscheiden. Generell kann jedoch eine Zielhierarchie formuliert werden: Überflüssige Fahrten sollten vermieden werden, die restlichen Verkehrsleistungen sollten so weit wie möglich auf den Öffentlichen Personenverkehr, auf Fahrräder oder die eigenen Füße verlagert werden.

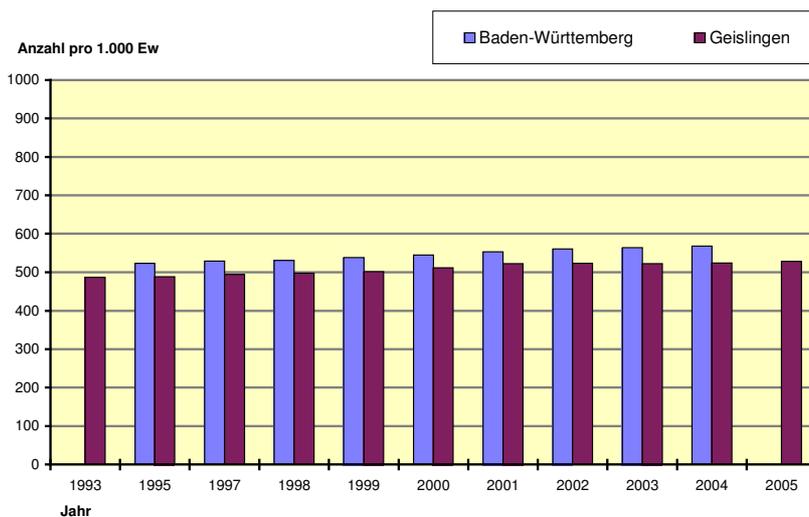


Der dann noch notwendige Pkw-Verkehr sollte, wo es aus Gründen der Sozialverträglichkeit notwendig ist, verlangsamt und vor allem technisch optimiert werden.

■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Anzahl der PKW pro 1.000 Einwohner ist in Geislingen seit 1993 kontinuierlich gestiegen. Sie entwickelte sich von 487 auf 528. Das entspricht einer Steigerung von ca. 8,4%.

Anzahl der Pkw



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Gleichmäßige Verteilung von Arbeit

B1

INDIKATOR: Arbeitslosenquote differenziert nach Frauen und Männern

Ö K O N O M I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Mit der Arbeitslosenquote wird der Anteil der beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose) gemessen, ausgedrückt in Prozent. Die Differenzierung nach Frauen und Männern erlaubt Aussagen über geschlechtsspezifische Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

ZIELSETZUNG

Eine hohe Arbeitslosigkeit verändert die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einer Region entscheidend: Die Zahl von Sozialhilfe-Empfängern und Obdachlosen steigt in der Regel an, mit Arbeitslosigkeit sind oft auch psychosoziale Probleme verbunden. Während von Mitte der fünfziger bis Ende der sechziger Jahre die Arbeitslosenquote bundesweit deutlich unter 2% lag, hat sie sich seit Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich nach oben entwickelt. Als Ziel wäre für eine nachhaltige Gesellschaft anzustreben, dass jeder Erwerbswillige Zugang zu einem Arbeitsplatz gemäß seiner Qualifikation hat – und Frauen und Männer sollten von Arbeitslosigkeit, sofern sie überhaupt auftritt, gleichermaßen betroffen sein.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Von 1997 bis 2001 war eine sinkende Arbeitslosigkeit in der Geschäftsstelle Geislingen zu beobachten. Seit diesem Zeitpunkt jedoch steigt sie deutlich an. Vor allem Männer sind von dieser Entwicklung betroffen.

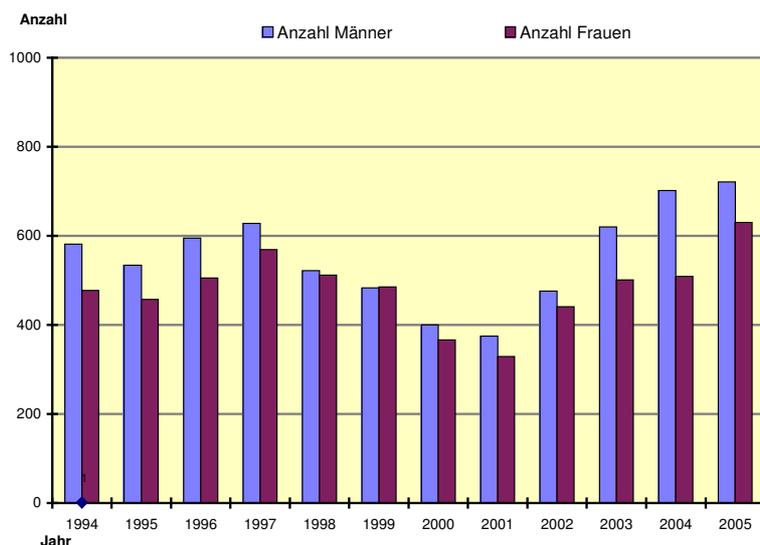
Die Arbeitslosenquote im gesamten Zuständigkeitsbereich der Geschäftsstelle Geislingen lag für das Jahr 2004 bei 7,2%.

Anmerkung:

Zur Geschäftsstelle Geislingen gehören die Gemeinden:

- Bad Ditzgenbach
- Bad Überkingen
- Böhlenkirch
- Deggingen
- Drackenstein
- Geislingen an der Steige, Stadt
- Gingen an der Fils
- Hohenstadt
- Kuchen
- Mühlhausen im Täle
- Wiesensteig, Stadt

Arbeitslosenquote



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad

B2

INDIKATOR: Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt

Ö K O N O M I E

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Die Zuordnung erfolgt nach dem Kriterium, ob der überwiegende Anteil der Produkte eines Anbieters auf dem Wochenmarkt – also über 50% – in der Region erzeugt wurde. Aus Gründen der praktikablen Erhebung der Daten ist eine Beschränkung auf das Produktangebot erforderlich, da Umsatz- und Mengenteile der regionalen Produkte nur sehr schwer zu ermitteln sind.

■ ZIELSETZUNG

Regionale Vermarktung und ökologisch orientierte Produktionsweisen sind die wichtigsten Merkmale einer nachhaltigen Landwirtschaft. Die Notwendigkeit veränderter Produktionsformen, die Verkürzung von Transportwegen und die Wiedergewinnung des Vertrauens der Konsumenten sprechen für einen hohen Anteil regionaler Produkte. Der regionale Absatzmarkt ist auf eine möglichst breite Angebotspalette angewiesen. Dies erfordert eine kleinräumigere und arbeitsintensivere Produktionsweise und begünstigt damit auch den ökologischen Landbau.

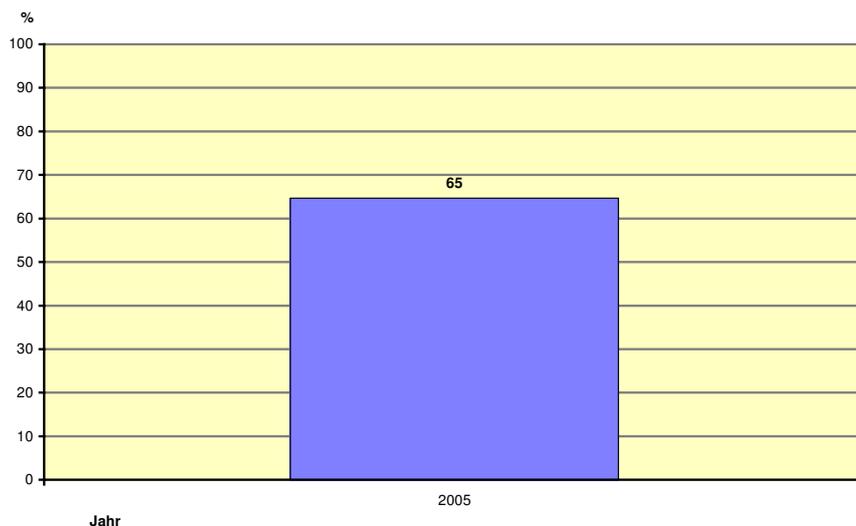


Die Zahl der Anbieter regionaler und umweltgerecht erzeugter Produkte sollte somit der Gesamtzahl der Anbieter entsprechen, sofern die regionalen Gegebenheiten ein umfassendes Angebot ermöglichen. Eine Sonderrolle nehmen hier naturgemäß spezialisierte Anbieter – etwa von Südfrüchten – ein, wobei hier das Kriterium „fair gehandelte Produkte“ einbezogen werden könnte.

■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Auf dem Geislinger Wochenmarkt findet man ein reichhaltiges Angebot, das vor allem aus der Region stammt. Ca. zwei Drittel der Stände führen überwiegend regionale Produkte im Sortiment.

Anteil der Anbieter auf dem Wochenmarkt mit überwiegend regionalen Nahrungsmitteln



Quelle: Eigene Erhebungen

Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

B3 INDIKATOR: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen

Ö K O N O M I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Der Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten umfasst alle Arbeitnehmer, die krankenversicherungs-, rentenversicherungs- und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Die Statistischen Landesämter unterscheiden drei Wirtschaftsbereiche, nämlich (1) Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Bergbau (primärer Sektor), (2) produzierendes Gewerbe (sekundärer Sektor) sowie (3) Handel und Verkehr sowie sonstige Dienstleistungen (tertiärer Sektor). Stichtag für die jeweilige Erhebung ist der 30. Juni eines jeden Jahres.

ZIELSETZUNG

1998 arbeiteten in Deutschland 1,4% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, 38,8% im produzierenden Gewerbe und 59,8% im Dienstleistungsbereich. In einer nachhaltigen Gesellschaft sollte jedoch versucht werden, den tertiären Sektor nicht zu Lasten des primären und sekundären Sektors zu stärken, sondern auf eine harmonische Entwicklung der drei Sektoren zu achten. Je weniger sich eine Region nur auf den Ausbau von Dienstleistungsbranchen konzentriert und statt dessen ein potentielles Gleichgewicht zwischen sekundärem und tertiärem Sektor zu erzielen versucht, ohne den primären Sektor zu vernachlässigen, desto geringer ist künftig deren wirtschaftliche Anfälligkeit.

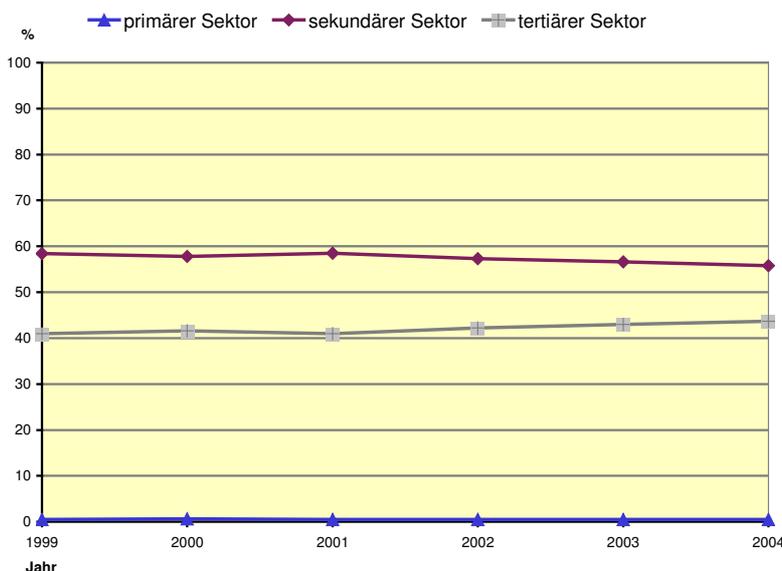


ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In Geislingen verläuft die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche seit 1990 sehr konstant. Es überwiegt der sekundäre Sektor (produzierendes Gewerbe) mit gut 55%, der tertiäre Sektor (Dienstleistungsbereich) folgt mit knapp über 40%. Im primären Sektor sind nur noch wenige Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Im Bundesdurchschnitt liegt der Dienstleistungssektor über dem produzierenden Gewerbe, was in Geislingen derzeit noch umgekehrt ist. Allerdings geht der Anteil des produzierenden Gewerbes auch hier langsam zurück und der Anteil des Dienstleistungsbereichs steigt im Gegenzug leicht an.

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Hohe Preisniveaustabilität

B4

INDIKATOR: Preisindex der Mieten

Ö K O N O M I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Mietspiegel werden in der Bundesrepublik bislang nur in wenigen Gemeinden erstellt. Darüber hinaus weicht die Methode, mit der standardisiert Informationen über die Entwicklung von Mieten erarbeitet werden, von Gemeinde zu Gemeinde zum Teil sehr stark voneinander ab. Für diesen Indikator wurde daher ein eigenes Berechnungsverfahren für einen Mietpreis-Index entwickelt.

ZIELSETZUNG

Es kommt darauf an, dass sich die Mietpreise nicht allzu sehr von der allgemeinen Preisentwicklung abkoppeln. Die Zunahme der Einpersonenhaushalte führt zu einem steigenden Bedarf nach Wohnungen und zu damit verbundenen Mietpreiserhöhungen. Noch immer zeigen sich bei den Wohnungsmieten oftmals hohe Teuerungsraten. Es ist zunächst anzustreben, dass diese Teuerungsraten nicht über dem Schnitt der allgemeinen Teuerungsraten liegt. Ein generelles Ziel für eine zukunftsfähige Entwicklung ist eine verlässliche langfristige Kalkulationsmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger und damit insgesamt möglichst niedrige Teuerungsraten.



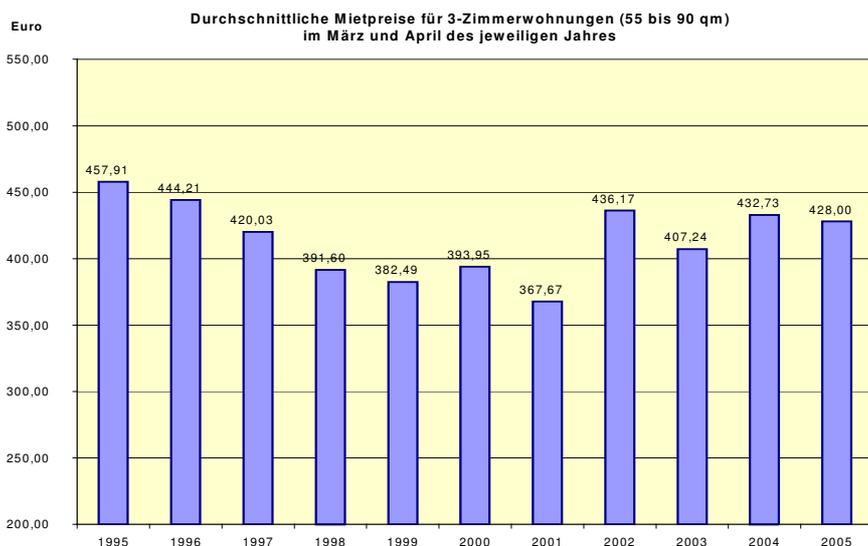
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Mieten sind in Geislingen in den 90er Jahren bis 2001 kontinuierlich gesunken.

In 2002, dem Jahr der Umstellung von DM auf Euro, stiegen die Mietpreise an. Allerdings war das Angebot in diesem Jahr geringer, es wurden weniger Wohnungen in der Zeitung angeboten.

2003 waren wieder mehr Wohnungen auf dem Markt und der Mietpreis ging leicht zurück. Seit 2004 bleiben die Mieten auf einem konstanten Niveau.

Preisindex der Mieten



Quelle: eigene Erhebungen

Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

B5

INDIKATOR: Kommunale Schulden je Einwohner in Euro

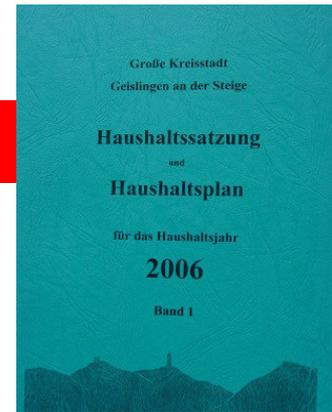
ÖKONOMIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Kommunale Schulden sind alle am Ende eines Jahres bestehenden Schulden bei inländischen Kreditinstituten, Versicherungen, Bausparkassen, der Sozialversicherung sowie im Ausland direkt aufgenommene Darlehen. Außerdem zählen dazu Wertpapiersschulden wie Anleihen, Bundesschatzbriefe, Schatzanweisungen und Kassenobligationen, für die Gebietskörperschaften Schuldner sind. Um einen Eindruck von der realen Entwicklung des kommunalen Schuldenstandes zu bekommen, wird die Zeitreihe preisbereinigt.

■ ZIELSETZUNG

Die kommunalen Schulden werden künftige Generationen belasten. Bei einer steigenden Schuldenbelastung der Einwohner kann dies letztlich dazu führen, dass die Kommunen als Folge der wachsenden Zinszahlungen weniger Handlungsspielräume haben, um beispielsweise Sozialleistungen zu gewähren und umweltpolitische Maßnahmen durchzuführen. Daher sollte ein weiterer Anstieg der kommunalen Schulden nach Möglichkeit vermieden, in günstigen Fällen die Schulden wieder abgebaut werden. Bei der Bewertung der jeweiligen Indikatorwerte sollte zudem analysiert werden, wofür die aufgenommenen Kredite in der Vergangenheit verwendet wurden und ob es sich bei den damit getätigten Ausgaben um Investitionen im Sinne der Nachhaltigkeit handelt.



■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Entwicklung der kommunalen Schulden hat sich seit 1997 rein rechnerisch verbessert. Der Schuldenstand schwankt zwischen 465 EUR im Jahr 2002 und 1575 EUR im Jahr 1997.

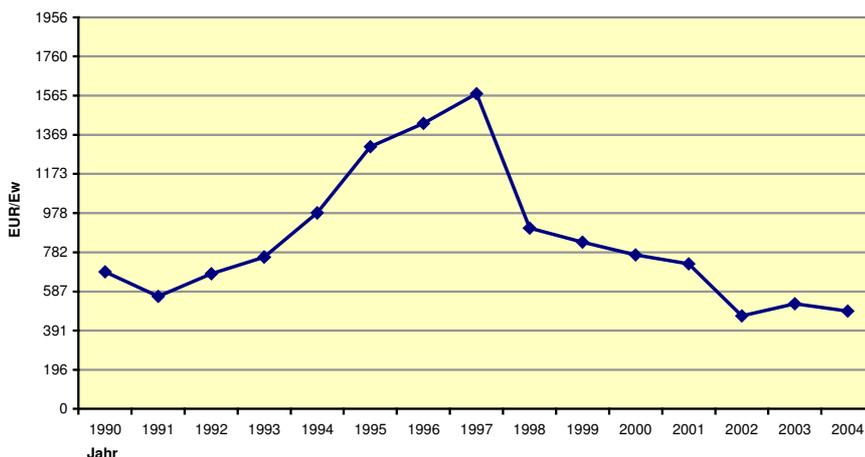
Im Moment liegt Geislingen mit 489 EUR unter dem Landesdurchschnitt von 563 EUR.

Eine Vergleichbarkeit ist jedoch nur eingeschränkt möglich, da die Kommunen seit 1992 einzelne Aufgabenbereiche in Eigenbetriebe oder rechtlich selbständige Unternehmen "auslagern" können und die Belastung dieser Betriebe im Haushaltsplan nicht ersichtlich ist.

So wurde in Geislingen zum 1.1.1998 der Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung gegründet, der in 1998 17,5 Mio. € und in 2002 5,3 Mio. € Darlehen aus dem Stadthaushalt übernahm. Das erklärt den auffälligen Rückgang der Schulden in diesen beiden Jahren.

Kommunale Schulden

Schulden in Euro je Einwohner



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes

B6

INDIKATOR: Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit

U
M
W
E
L
T
S
C
H
U
T

DEFINITION DES INDIKATORS

Im Juni 1993 wurde die Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltprüfung verabschiedet. Diese Verordnung wird häufig auch als EG-Öko-Audit- oder EMAS (Environmental Management and Audit Scheme)-Verordnung bezeichnet. Alle Unternehmensstandorte, die nach dieser Verordnung durch einen Umweltgutachter validiert worden sind, werden mit diesem Indikator erfasst.

ZIELSETZUNG

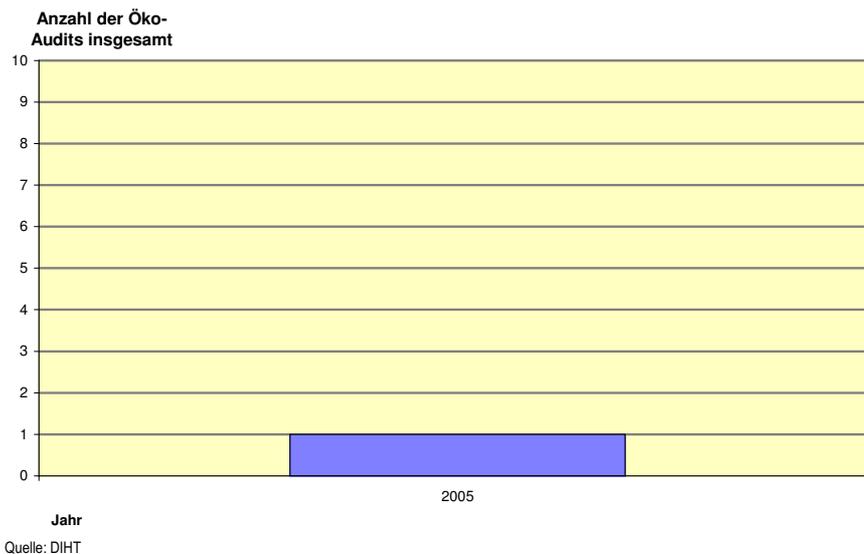
In Zukunft werden vor allem jene gewerblichen und Dienstleistungs-Unternehmen am Markt bestehen können, die sich frühzeitig den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen einer nachhaltigen Gesellschaft stellen. Ziel der EMAS-Verordnung ist es, die von den Unternehmen und Dienstleistungseinrichtungen ausgehenden Umweltbelastungen zu reduzieren. Doch Nachhaltigkeit umfasst mehr als nur ökologische Verbesserungen; ökonomische und soziale Zielsetzungen müssen mit den ökologischen Aktivitäten vereinbart werden. Ende 1999 hatten in Deutschland fast 2.500 Unternehmen ein validiertes EMAS-System aufgebaut. Zielsetzung kann eine möglichst rasche und weite Verbreitung des Systems und Maßnahmen zu dessen Förderung sein.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Erhebung ergab, dass bisher nur ein Geislinger Betrieb ein Öko-Audit durchgeführt hat. Diese eher zögerliche Bereitschaft, ein Öko-Audit durchzuführen, mag auch daran liegen, dass dies ein relativ aufwändiges Verfahren ist.

Unternehmen mit Öko-Audit



Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen

C1

INDIKATOR: Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohner

DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst werden mit diesem Indikator die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). Seit 1994 wird die Erhebung am 31. Dezember eines Jahres durchgeführt. Hilfe zum Lebensunterhalt ist dem zu gewähren, der seinen notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem aus seinem eigenen Einkommen und Vermögen leisten kann. Dieser Personenkreis wird als Sozialhilfeempfänger bezeichnet. Sofern in einer Kommune entsprechende Daten verfügbar sind, sollte bei diesem Indikator nach Möglichkeit eine Differenzierung nach Frauen und Männern vorgenommen werden, um geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Betroffenheit festzustellen.

ZIELSETZUNG

Trotz Änderung der Sozialhilfestatistik im Jahre 1994 hat sich die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in den zurückliegenden Jahren nicht reduziert. Während 1995 von 1.000 Einwohnern in Baden-Württemberg 23 Personen Sozialhilfe bekamen, erhielten auch 2001 noch 20 von 1.000 Einwohnern Hilfe zum Lebensunterhalt. Besonders Alleinstehende und Alleinerziehende sind die am stärksten betroffene Gruppe unter den Sozialhilfeempfängern. Eine steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern, vor allem von Kindern und Jugendlichen, kann nicht nur die soziale Stabilität gefährden, sondern auch den Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden beeinträchtigen.



Daneben korreliert die Zahl der Sozialhilfeempfänger häufig mit der Entwicklung und der Dauer von Arbeitslosigkeit: Je länger die Arbeitslosigkeit anhält, umso höher ist auch die Wahrscheinlichkeit des Bezugs von Sozialhilfe.

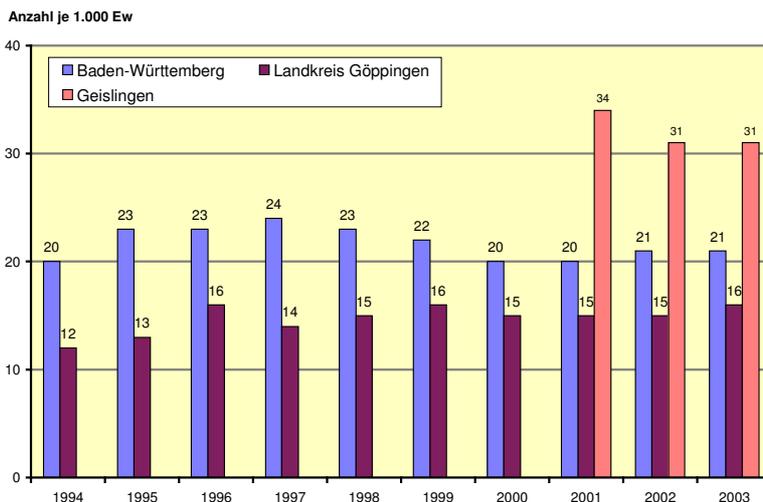
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Leider wird die Statistik erst seit dem Jahr 2001 gemeindegenua erhoben, so dass erst ab dieser Zeit konkrete Zahlen für Geislingen vorliegen.

Im Landkreis Göppingen ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner im Zeitraum von 1994 bis 1997 von 12 auf 16 angestiegen und schwankt seither zwischen 14 und 16. Sie liegt damit unter dem Landesdurchschnitt von 21 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner im Jahr 2003.

In Geislingen ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger derzeit ca. doppelt so hoch wie im Landkreis.

Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Kreissozialamt Göppingen

Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung

C2

INDIKATOR: Anzahl der Ausbildungsverhältnisse je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

GESELLSCHAFT / SOZIALES

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Mit diesem Indikator soll die Zahl der tatsächlich abgeschlossenen Verträge mit Auszubildenden wiedergegeben werden. Auszubildende sind Personen, die eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen. Erfasst werden die bei der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer registrierten Ausbildungsverhältnisse.

■ ZIELSETZUNG

Durch die ständig steigenden und sich stetig wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt wird die Bedeutung der beruflichen Qualifikation in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Gerade Jugendliche ohne eine entsprechende schulische und berufliche Ausbildung werden dann wesentlich größere Schwierigkeiten haben, sich auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen. Eine gute berufliche Ausbildung wird mit Blick auf diese Entwicklung immer wichtiger, denn in Zukunft werden die Erwerbstätigen mehr und mehr lebenslang lernen müssen, um die sich ständig ändernden Anforderungen der Erwerbsgesellschaft erfüllen zu können. In Deutschland kamen 1997 auf 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 60 Auszubildende.

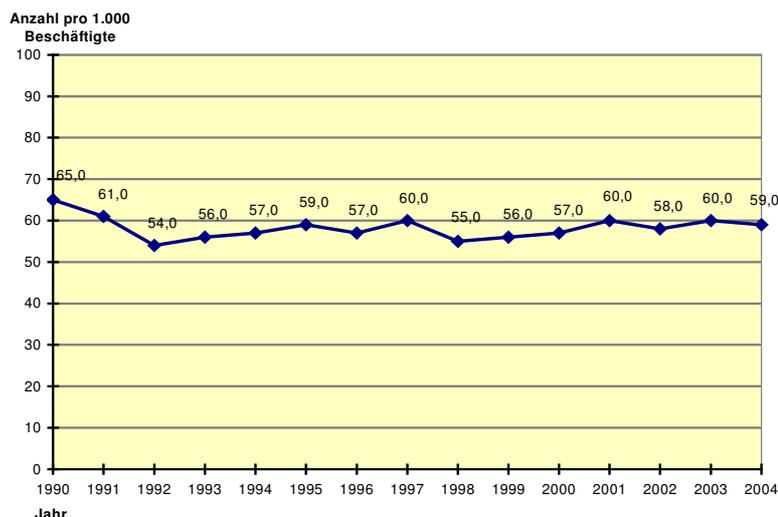


■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Seit dem Jahr 1990 ist in Geislingen die Zahl der Ausbildungsverhältnisse je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 65 auf 59 zurückgegangen.

Erfreulich ist jedoch, dass seit 1998 wieder eine leichte Zunahme der Ausbildungsverhältnisse zu beobachten ist.

Anzahl der Ausbildungsverhältnisse



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C3

INDIKATOR: Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo

DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird die Anzahl der Menschen, die im Bezugsjahr durch Umzug in die Kommune zuziehen sowie die Zahl der Menschen, die die Kommune durch Umzug verlassen. Die Differenz ergibt den Wanderungssaldo.

ZIELSETZUNG

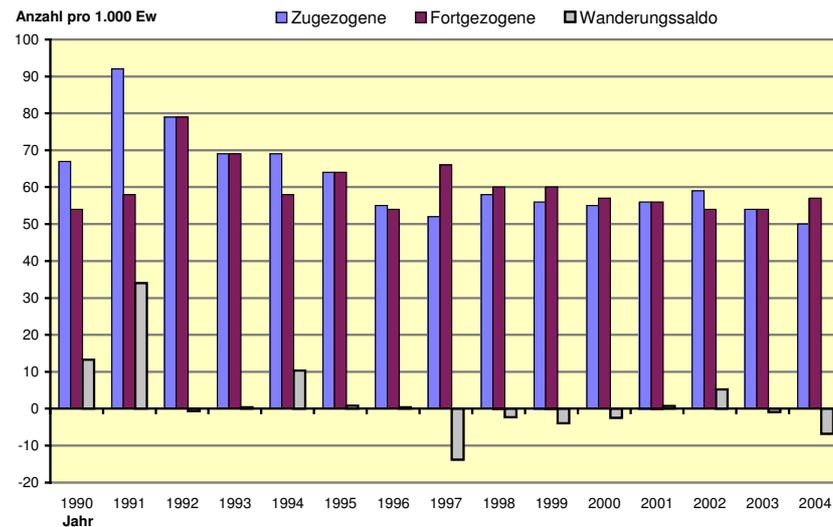
Eine hohe Zahl von Fortzügen spricht für eine abnehmende Attraktivität der Region im Vergleich zu anderen Regionen. Umgekehrt deutet eine hohe Zahl von Zuzügen auf eine zunehmende Attraktivität der Region im Vergleich zu anderen hin. Ein bestimmter Wanderungssaldo kann sich dabei sowohl als Ergebnis einer hohen wie einer niedrigen Fluktuation ergeben. Eine Beurteilung des Wanderungssaldos hängt daher von den jeweiligen regionalen Gegebenheiten ab. Sehr hohe Salden – positiv oder negativ – können dagegen oftmals als Indikator für unterschiedliche Problemkonstellationen gewertet werden.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In Geislingen ist seit 1997 ein negativer Wanderungssaldo zu vermerken, der sich zwar in den Jahren 2001 bis 2003 abgemildert hat, aber im Jahr 2004 wieder verstärkt aufgetreten ist.

Zu- und Fortzüge und Wanderungssaldo



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Hohes kulturelles Angebot

C4

INDIKATOR: Anzahl der Teilnehmer/innen an Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Ew.



■ DEFINITION DES INDIKATORS

Mit diesem Indikator wird erfasst, wie sich die Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung in der jeweiligen Kommune entwickelt. Dazu wird die Anzahl der Teilnehmer/innen in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt.

■ ZIELSETZUNG

Eine alle drei Jahre durchgeführte repräsentative Umfrage des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie bestätigt den wachsenden Trend zum „lebenslangen Lernen“. 1997 haben in Deutschland nahezu 5 von 10 Bundesbürgern an einer Fort- und Weiterbildungsveranstaltung teilgenommen. Hochgerechnet sind dies rund 21 Mio. Personen, die sich – teils mehrfach – weitergebildet haben. Vor allem besser qualifizierte Männer und Frauen fragen Veranstaltungen zur Fort- und Weiterbildung nach: 69% der Hochschulabsolventen nahmen 1997 an entsprechenden Maßnahmen teil. Bundesbürger ohne abgeschlossene Berufsausbildung zeigen dagegen weniger Interesse an berufsbezogener Weiterbildung; nur 24% von ihnen besuchten 1997 Veranstaltungen unter anderem in Volkshochschulen, kirchlichen Bildungswerken, Industrie- und Handelskammern sowie Verwaltungsakademien.

■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

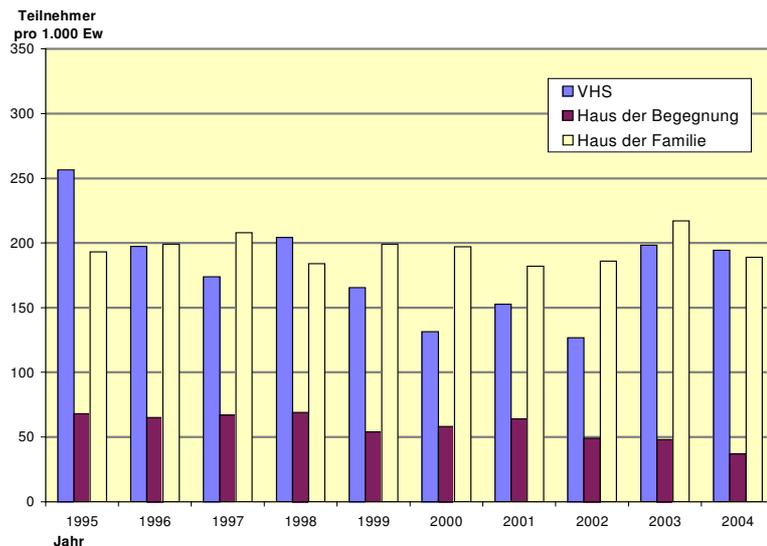
In Geislingen wurden die Weiterbildungseinrichtungen Volkshochschule (VHS), Haus der Begegnung (Evangelische Erwachsenenbildung) und Haus der Familie (gemeinnützige Einrichtung der Erwachsenenbildung) betrachtet.

In der VHS ist die Anzahl der Teilnehmer an Weiterbildungskursen recht uneinheitlich. Über den Gesamtzeitraum von 1995 bis 2004 betrachtet ist die Anzahl der Teilnehmer von 230 auf 194 pro 1.000 Einwohner gefallen. Nach dem absoluten Tiefstand im Jahre 2002 mit 126 Teilnehmern ist die Anzahl in den Jahren 2003 und 2004 wieder gestiegen und liegt über dem 10-Jahresdurchschnitt von 180 Teilnehmern.

Im Haus der Begegnung ist die Teilnehmerzahl seit 2001 leicht rückläufig.

Im Haus der Familie liegt die Anzahl relativ konstant um 195 Teilnehmer pro 1.000 Einwohner.

Anzahl der Teilnehmer/innen an Veranstaltungen der Fort- und Weiterbildungseinrichtungen



Hohes Gesundheitsniveau

C5

INDIKATOR: Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen

GESELLSCHAFT / SOZIALES

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Dieser Indikator misst das Übergewicht von Kindern im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen. Unter Übergewicht wird ein Körpergewicht verstanden, das über der 97. Perzentile der altersbezogenen Größen-Gewichtsverteilung liegt.

■ ZIELSETZUNG

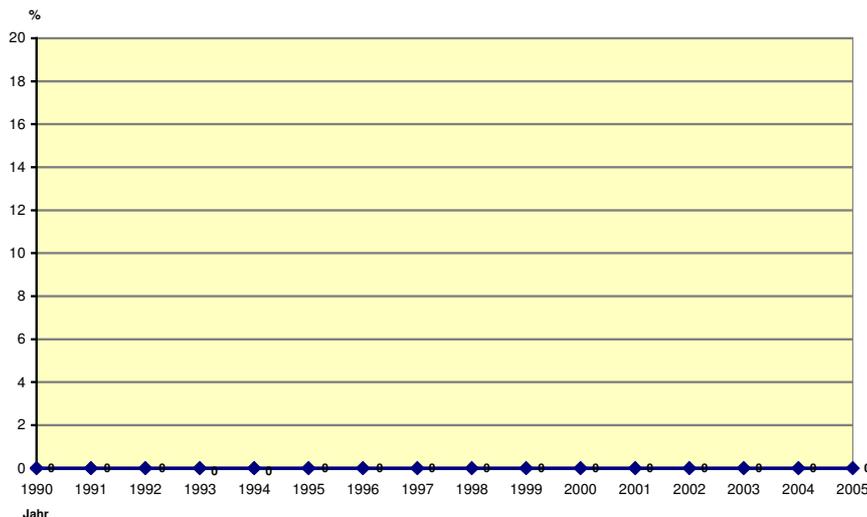
Immer mehr Kinder sind in den Industrieländern aufgrund des Genusses von falscher, unausgewogener Ernährung sowie geringer körperlicher Bewegung übergewichtig. Übergewicht kann zu körperlichen, aber auch psychischen Problemen bei den betroffenen Kindern führen. In einer nachhaltigen Gesellschaft ist es besonders wichtig, dass die heutigen Kinder und Jugendlichen eine gesunde Ernährung erhalten, weil sie die Eltern von morgen sind und ihre Ernährungsgewohnheiten an ihre Kinder weitertragen. Lokale Agenda 21-Gruppen können Aufklärungsaktionen gegen ungesunde Ernährung und Inaktivität starten. Darüber hinaus könnten sie sich an Aktivitäten für ein gesundes Schulfrühstück beteiligen und sich für die Behandlung des Themas Ernährung im Unterricht in den örtlichen Schulen einsetzen.



■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Daten stehen im Gesundheitsamt Göppingen bisher leider weder auf kommunaler noch auf Kreisebene in aufbereiteter Form zur Verfügung.

Anteil der übergewichtigen Kinder



Hohes Sicherheitsniveau

C6

INDIKATOR: Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner

GESELLSCHAFT / SOZIALES

DEFINITION DES INDIKATORS

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die die Datengrundlage für diesen Indikator liefert, wird seit 1971 nach bundes einheitlichen, zuletzt zum 1.1.1997 geänderten Richtlinien erstellt. Dabei werden alle von der Polizei bearbeiteten rechtswidrigen Taten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert, die im Zuständigkeitsbereich der Polizei begangen werden. In der PKS sind jedoch Staatsschutz-, Steuer- und reine Verkehrsdelikte nicht enthalten. Die Statistik kann durch zahlreiche Faktoren beeinflusst werden (zum Beispiel Veränderungen im Anzeigeverhalten oder der Intensität der Verbrechenskontrolle) und gibt naturgemäß keinen Aufschluss über das sogenannte Dunkelfeld.

ZIELSETZUNG

Häufig beruhen Straftaten auf sozialen Problemen, die wiederum ihre Ursache in wirtschaftlichen Veränderungen haben können. Wachsende Armut und negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind hier ebenso zu nennen wie mangelnde Zukunftsperspektiven bei Jugendlichen. Natürlich sollte das Ziel sein, die Zahl der Straftaten möglichst gering zu halten. Die Angabe eines bestimmten Zielwertes erscheint jedoch, gerade unter Berücksichtigung der genannten Einflussfaktoren auf die Statistik, nicht sinnvoll. Eine erste Orientierung können hier aber die Vergleichszahlen für die Bundes- und Landesebene geben.



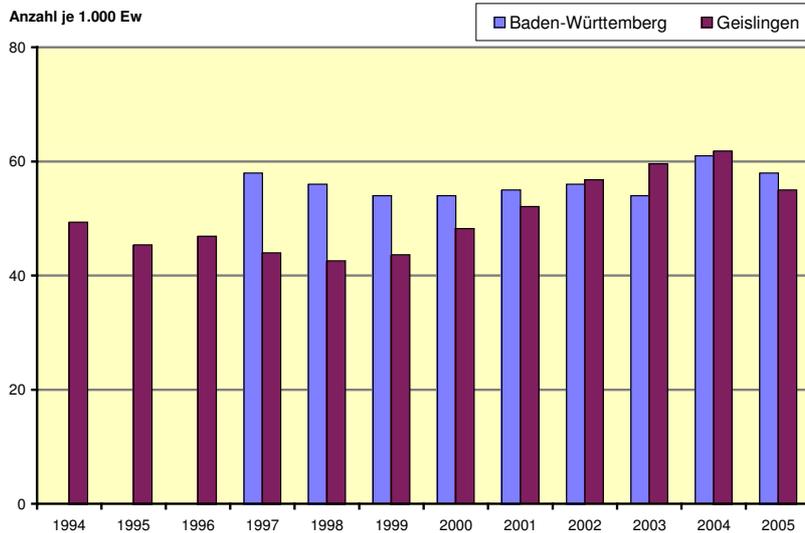
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In Geislingen lag die Anzahl der Straftaten pro 1.000 Einwohner bis zum Jahr 2001 unter dem Landesdurchschnitt und von 2002 bis 2004 leicht darüber. Im vergangenen Jahr ist die Anzahl wieder gesunken und lag mit 58 bekannt gewordenen Straftaten je 1000 Einwohner erneut unter dem Landesdurchschnitt.

Anmerkung:

Im Jahr 2004 hatte ein einziger Betrüger mit über 100 Fallzahlen einen erheblichen Anteil an der hohen Anzahl der bekannt gewordenen Straftaten.

Bekannt gewordene Straftaten



Quelle: Polizeidirektion Göppingen, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Hohes ehrenamtliches Engagement

D1

INDIKATOR: Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Es wird die Anzahl der beim Registergericht eingetragenen Vereine auf die Anzahl der Einwohner bezogen.

■ ZIELSETZUNG

Ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement ist ein sogenanntes „weiches Ziel“, das sich statistisch nur schwer erfassen lässt. Wichtige Faktoren sind in erster Linie ein hoher Anteil der Bevölkerung, der ehrenamtlich tätig ist und die von diesen Aktiven geleistete Arbeit. Einen Anhaltspunkt für die Bewertung kann aber die Betrachtung der in der einzelnen Kommune zu beobachtenden Entwicklung liefern: Eine wachsende Anzahl von Vereinen deutet auf einen Anstieg des bürgerschaftlichen Engagements hin. Bei einem relativ hohen Wert steigt gleichzeitig auch die Wahrscheinlichkeit, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse in der Gemeinde abgedeckt werden können.



■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

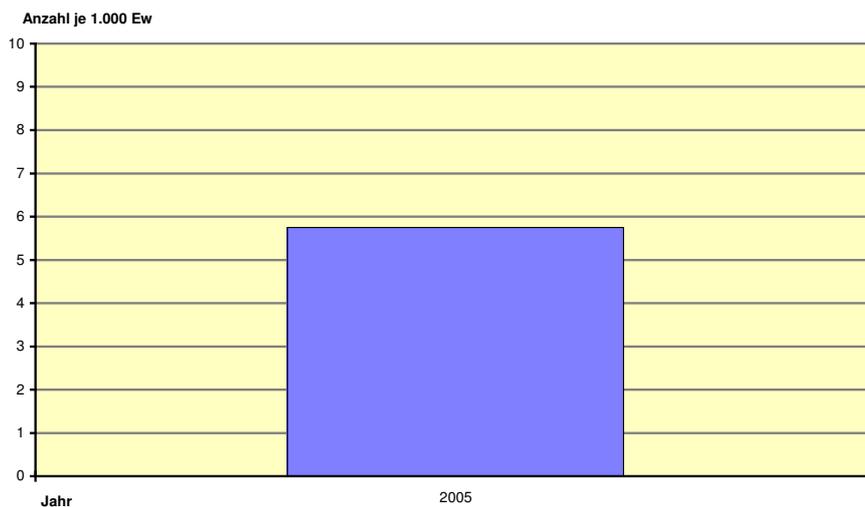
Die Erhebung in diesem Jahr ergab, dass in Geislingen 161 Vereine registriert sind. Somit ergibt sich die Zahl von 5,75 Vereinen pro 1.000 Einwohner. Daten aus den letzten Jahren liegen leider nicht vor. Somit ist keine Entwicklung erkennbar.

Nach einer bundesweiten Erhebung zum Vereinswesen gab es in Deutschland 2003 574.359 Vereine. Das entspricht einem Durchschnittswert von ca. 7 Vereinen je 1.000 Einwohner.

Anmerkung:

In Geislingen findet man ein reges bürgerschaftliches Engagement auch außerhalb der Vereine. Im sogenannten „Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ (siehe Seite 5) sind von den 27 Mitgliedsgruppen lediglich 10 als Vereine eingetragen.

Zahl der eingetragenen Vereine



Quelle: Amtsgericht Geislingen

Hohes demokratisches Engagement

D2

INDIKATOR: Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Die Wahlbeteiligung drückt das Verhältnis zwischen der Anzahl der bei einer Wahl abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen und der Gesamtzahl der Wahlberechtigten aus. Die Vorschriften der Wahlberechtigung sind für alle Wahlarten weitgehend einheitlich. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten im Geltungsbereich des jeweiligen Wahlgesetzes beziehungsweise im Wahlgebiet seinen (Haupt-)Wohnsitz hat. In einigen Bundesländern wurde das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabgesetzt. Darüber hinaus haben seit dem Vertrag von Maastricht (1992) auch EU-Bürger in den Kommunen das aktive und passive Wahlrecht.

ZIELSETZUNG

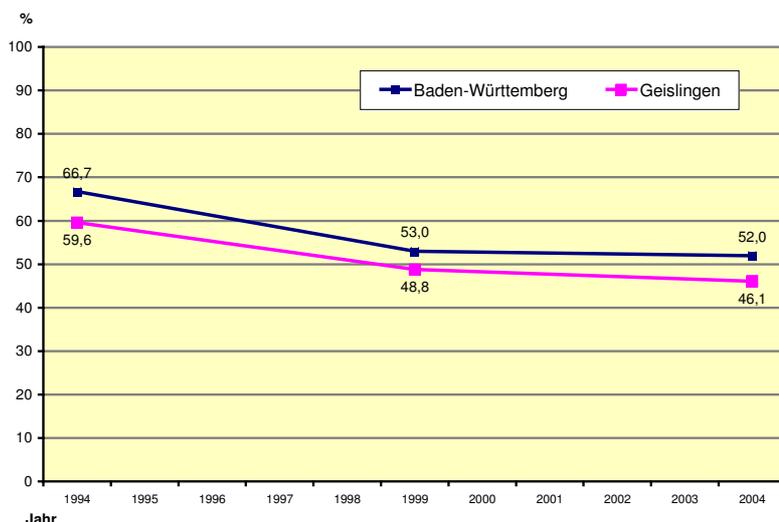
Wenn es gelänge, Kommunalpolitik mit den Inhalten der Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda 21 für die Bürger so interessant zu machen, dass sich mindestens so viele Bürgerinnen und Bürger wie bei Bundestagswahlen daran beteiligten, wäre dies ein beachtlicher Erfolg und eine gute Grundlage für eine nachhaltige Kommunalpolitik. An der Bundestagswahl 1998 beteiligten sich 82,2%. Es ist auch zu beachten, dass die Beteiligung bei Kommunalwahlen sehr stark beeinflusst werden kann, wenn diese parallel zu einer anderen Wahl, also Bundestags- und Landtagswahl oder der Wahl zum Europaparlament stattfinden.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Kommunalwahlen in Geislingen und auch im gesamten Land Baden-Württemberg sind im betrachteten Zeitraum von starker Politikverdrossenheit gekennzeichnet. Im Jahr 2004 fiel die Wahlbeteiligung sogar auf sehr schwache 46,1% und lag damit noch unter dem Landesdurchschnitt von 52%.

Wahlbeteiligung



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit

D3 INDIKATOR: Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Für diesen Indikator werden die im kommunalen Haushalt ausgewiesenen Ausgaben für kommunale Entwicklungszusammenarbeit erfasst und auf den Gesamthaushalt bezogen. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) kann drei Bereiche umfassen: die Förderung der Anliegen von Ländern der Dritten Welt in der eigenen Kommune, die Unterstützung von Projekten oder Städtepartnerschaften in einem Entwicklungsland sowie die Unterstützung von internationalen Organisationen.

ZIELSETZUNG

Außen- und Entwicklungspolitik fallen in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des Bundes. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich aber die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit als freiwilliger und ergänzender Handlungsbereich in vielen Kommunen etabliert und bewährt. Der dauerhafte Erfolg der internationalen Zusammenarbeit und der vielfältigen ehrenamtlichen Arbeit setzt voraus, dass ein Mindestmaß an finanziellen Mitteln von der Kommune bereitgestellt wird. Einige Kommunen haben sich seit längerem zu Leistungen in Höhe von 0,25 Euro bis 0,50 Euro (zum Teil mit Unterstützung des Landes) je Einwohner verpflichtet.

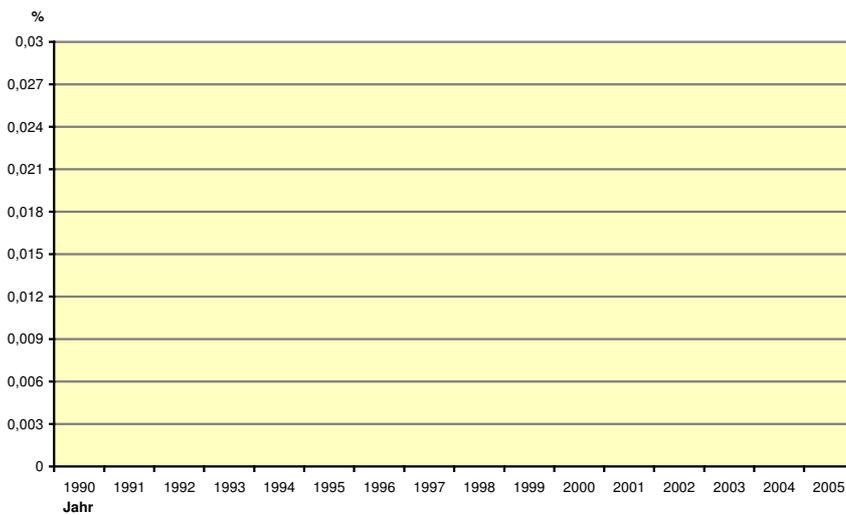


ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Stadt Geislingen hat keine Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im Haushalt bereit gestellt.

Jedoch ist die Stadt Geislingen seit 1994 Mitglied im "Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder".

Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit



Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben

D4

INDIKATOR: Anteil der Frauen im Kommunalparlament

PARTIZIPATION

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Die Zahl der Frauen im Kommunalparlament wird in Bezug gesetzt zur Gesamtzahl der gewählten Mandatsträger. Die Angaben beziehen sich jeweils auf das unmittelbare Ergebnis der Wahlen. Im Einzelfall kann es durch das vorzeitige Ausscheiden eines Mandatsträgers und der dann fälligen Neubesetzung durch Nachrücken zu geringfügigen Verschiebungen während der Wahlperioden kommen, die hier unberücksichtigt bleiben können.

■ ZIELSETZUNG

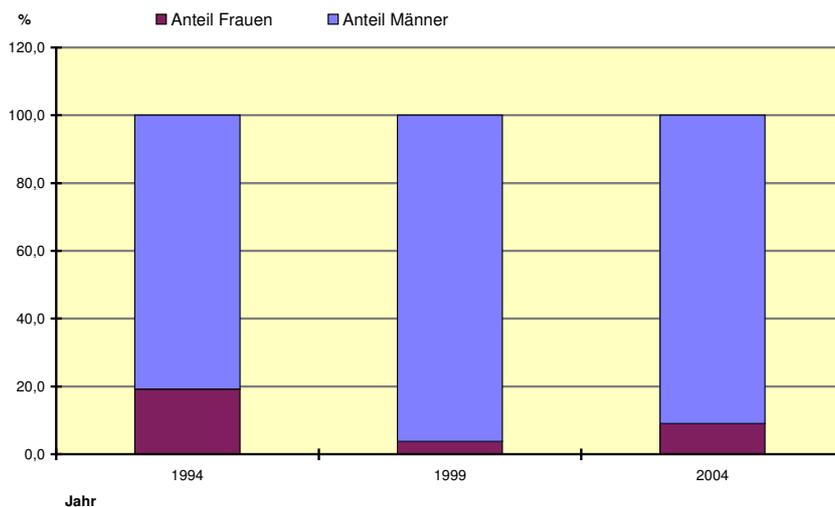
Die Festlegung eines festen Zielwertes erscheint nicht sinnvoll. Unbestritten ist jedoch, dass Frauen häufig eine andere Sicht in politische Diskussionen einbringen und vor allem auch unterschiedlich von politischen Entscheidungen betroffen sind. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass die Berücksichtigung dieser spezifischen Interessen eher sichergestellt werden kann, wenn der Anteil der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien nicht allzu weit von ihrem Anteil an der Bevölkerung entfernt ist. Trotz steigender Tendenz sind Frauen bislang auf allen politischen Ebenen deutlich unterrepräsentiert. Bei der Wahl von 1998 wurden 207 Frauen in den Bundestag gewählt; bei einer Gesamtzahl von 669 Abgeordneten entspricht dies 31%.



■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Der Gemeinderat von Geislingen wurde in den Jahren 1994, 1999 und 2004 gewählt. Innerhalb dieses Zeitraumes hat sich die Zusammensetzung des Gemeinderates erheblich verändert. Von ca. 20% im Jahr 1994 fiel der Frauen-Anteil im Jahr 1999 auf nur 4%. Auch die Wahl 2004 schaffte keine deutliche Wende. Seitdem sind nur gut 9% der Gemeinderatsmitglieder weiblich. Damit liegt Geislingen weit unter dem Durchschnitt in den landesweiten Kommunalparlamenten, wo der Frauenanteil seit der Wahl im Jahr 2004 bei 21% liegt.

Anteil der Frauen im Kommunalparlament



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Anmerkung:

Im Jahr 2004 ist die Gesamtzahl der Sitze im Gemeinderat von 26 auf 22 verringert worden. Zurzeit sind nur zwei von zweiundzwanzig Stadträten Frauen.

Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

D5

INDIKATOR: Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Für die Berechnungen wurde aus dem Einzelplan 4 des Verwaltungshaushalts der Unterabschnitt 46 herangezogen. Berücksichtigt wurde der Zuschussbedarf im Planansatz.

ZIELSETZUNG

Die Befriedigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen ist grundsätzlich eine Aufgabe des Landkreises. Dennoch bringen sich auch die Städte in eigenem Interesse aktiv (personell und finanziell) dabei ein. Auch das Ziel, soziale Probleme und Spannungen zu vermeiden, gebietet es, diese wichtige Aufgabe angemessen und dauerhaft wahrzunehmen. Der Umfang der erforderlichen Leistungen lässt sich per se nicht als konkrete langfristige Zielvorgabe bestimmen, sondern kann über die Jahre durchaus gewissen Schwankungen unterliegen. Diese sollten sich in erster Linie an den sozialpolitischen Notwendigkeiten orientieren. Die Ausgaben auf Bundes- und Landesebene können hierbei wegen der unterschiedlichen Aufgaben keine Orientierung bieten.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

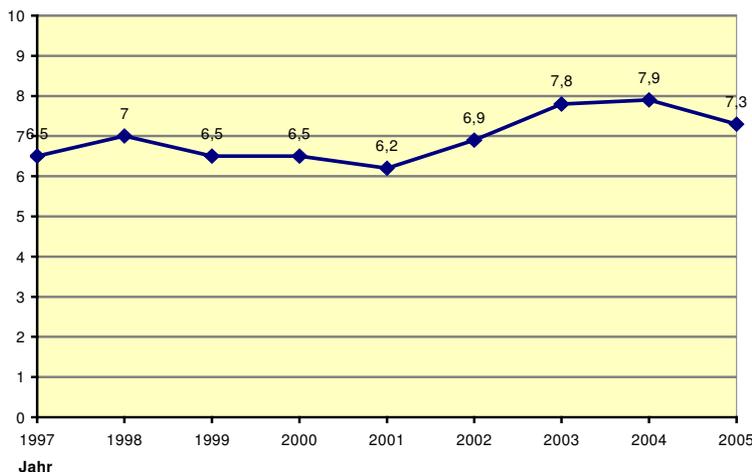
Der Anteil der Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit im kommunalen Haushalt hat sich in Geislingen in den letzten Jahren erhöht.

Der weitaus größte Ausgabeposten besteht aus den Kosten für die Betreuungsangebote in Kindergärten und anderen Einrichtungen.

Rund 8% der Gesamtausgaben für Kinder- und Jugendarbeit werden für Projekte und Aufgaben der Jugendarbeit eingesetzt.

Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit

in % des Verwaltungshaushalts



Quelle: Haushaltsplan der Stadt Geislingen

Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess

D6

INDIKATOR: Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Der Kernbereich des Indikators besteht aus zwei Komponenten: der Summe der Stunden, die von den Teilnehmern an Sitzungen der Arbeitskreise und sonstigen Gruppen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 ehrenamtlich geleistet werden, und der Summe der Arbeitsstunden für einzelne Projekte. Der Gesamtwert muss dann auf die Einwohnerzahl bezogen werden, um die zeitliche und interkommunale Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Für die Interpretation des Indikators ist zu beachten, dass damit nur ein Teil des bürgerschaftlichen Agenda-Engagements erfasst wird, da viele Mitwirkende sich in ihrer Freizeit auch über die gemeinsamen Sitzungen und Projekte hinaus mit dem Thema beschäftigen.

■ ZIELSETZUNG

Die Lokale Agenda 21 ist als partizipativer Prozess angelegt und muss eine möglichst breite Bürgerbeteiligung anstreben, wenn der langfristige Erfolg sichergestellt werden soll. Dies lässt sich nicht an einem bestimmten Zielwert festmachen, sondern muss in Abhängigkeit von der konkreten Situation diskutiert werden. Es kommt darauf an, die Entwicklung insgesamt sowie bei den verschiedenen, in der Kommune in Angriff genommenen Projekten zu beobachten. Ein alarmierendes Zeichen ist sicherlich, wenn die Zahl der Teilnehmer sinkt, die Treffen seltener und die Projekte weniger werden. Umgekehrt sind stabile oder steigende Teilnehmerzahlen und regelmäßige Sitzungen und damit ein konstanter oder zunehmender Indikatorwert ein positives Zeichen für die Vitalität des Agenda-Prozesses in einer Kommune.



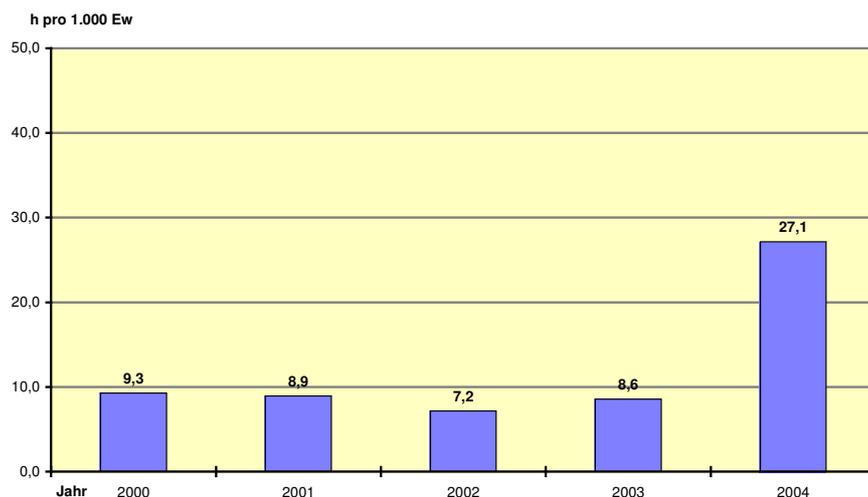
■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Zahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 war in den vergangenen Jahren beinahe konstant. Im Jahr 2004 wurden im Rahmen eines Umbauprojekts mit viel Eigenleistung erheblich mehr Stunden geleistet.

Anmerkung:

Die hier angegebenen Stunden beziehen sich allein auf die geleistete Arbeit im Rahmen der Agendagruppe „Soziales, Kultur, Freizeit“. Die erweiterte Definition der Lokalen Agenda in Geislingen (siehe Seite 6) wurde erst 2005 beschlossen.

Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21



Quelle: Umweltbüro der Stadt Geislingen

Wie geht es weiter

... mit der Lokalen Agenda 21 ?

Durch die Zusammenführung der Prozesse Lokale Agenda 21 und Bürgerschaftliches Engagement ist die Möglichkeit entstanden, auf breiter Basis eine nachhaltige Entwicklung in Geislingen zu verfolgen.

Die Zusammenarbeit zwischen Engagierten, Stadtverwaltung und Gemeinderat ist durch die Gründung des Lenkungs Ausschusses Bürgerschaftliches Engagement deutlich verbessert worden. Durch die finanziellen Mittel, die dem Lenkungs Ausschuss zur Verfügung stehen, können in Zukunft noch viele nachhaltige Projekte finanziell unterstützt werden.

Beispiele für laufende Projekte:

Die Agendagruppe „Soziales, Kultur, Freizeit“ arbeitet derzeit an den Planungen für einen behindertengerechten Naturlehrpfad im Naturschutzgebiet Rohrachtal.

Der „Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement von und mit Unternehmen und Einrichtungen“ (ARBU) beschäftigt sich mit den Themen „Corporate Citizenship“ und „Corporate Social Responsibility“ und führt in diesem Zusammenhang im September 2006 an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen eine Tagung mit dem Titel „Unternehmen engagieren sich“ durch.

Am 15. Mai 2006 hat sich in Geislingen ein „Lokales Bündnis für Familie“ gegründet, das die Situation der Familien in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Interesses rücken und kontinuierlich gemeinsam daran arbeiten will, die Lebensbedingungen von Familien in Geislingen zu verbessern.

In dem gerade im Bau befindlichen Seniorenzentrum Bronnenwiesen wird Mitte 2007 dank des Engagements des „Fördervereins Bronnenwiesen“ eine weitere Begegnungsstätte eröffnet, wo in Kooperation mit der Lebenshilfe eine Cafeteria betrieben werden soll.

... mit dem Nachhaltigkeitsbericht ?

Der Nachhaltigkeitsbericht für Geislingen soll in den nächsten Jahren fortgeschrieben werden. Allerdings wird es sinnvoll sein, einzelne der Indikatoren an die spezielle Situation in Geislingen anzupassen oder auch neue Indikatoren hinzuzunehmen.

Zum Beispiel ist die Anzahl der eingetragenen Vereine als Indikator für das ehrenamtliche Engagement (D1) in Geislingen nur bedingt geeignet. Hier muss ein anderer Indikator gefunden werden, der die tatsächliche Situation besser wiedergibt. Auch kann der Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt als alleiniger Indikator für den regionalen Selbstversorgungsgrad (B2) kritisch betrachtet werden.

QUELLEN UND LITERATUR

1. DATENQUELLEN:

Statistisches Bundesamt:
www.statistik-bund.de/

Zu Indikatoren A1, A2, A3, A4, A6, B1, B3, B5, C1, C2, C3, D2 und D4
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
www.statistik.baden-wuerttemberg.de/

Zu Indikator A5 – Stromverbrauch:
Albelektrizitätswerk Geislingen-Steige eG

Zu Indikator B2 – Selbstversorgung:
Eigene Erhebung auf dem Wochenmarkt

Zu Indikator B4 – Preisniveaustabilität:
Eigene Erhebungen im Anzeigenteil der Geislinger Zeitung

Zu Indikator B6 – Öko-Audit:
Deutscher Industrie- und Handelskammertag
www.diht.de/
Laufende aktualisierte Liste aller Öko-Audit-Betriebe

Zu Indikator C4 – Fort- und Weiterbildung:
Volkshochschule Geislingen
Haus der Begegnung Geislingen
Haus der Familie Geislingen

Zu Indikator C6 – Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner:
Polizeidirektion Göppingen, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Zu Indikator D1 – Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner:
Amtsgericht Geislingen

Zu Indikator D5 – Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit:
Eigene Erhebung gemäß den Haushaltsplänen der Stadt Geislingen

Zu Indikator D6 – Ehrenamtliche Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21:
Eigene Erhebung gemäß Umweltbüro

2. LITERATUR:

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg u.a. (Hrsg.) (2000): Leitfaden „Indikatoren im Rahmen einer lokalen Agenda 21“. Bezugsquelle: FEST, Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg

Teichert, Volker/Diefenbacher, Hans/Dümig, Dorothee/Wilhelmy, Stefan (2002): Indikatoren zur Lokalen Agenda 21 – Ein Modellprojekt in 16 Kommunen. Osnabrück: Leske und Budrich

www.duh.de
Informationen zum Projekt „Die zukunfts-fähige Kommune“ der Deutschen Umwelthilfe

www.fh.erfurt.de/vt/
Informationen zum Projekt „Evaluations-möglichkeiten anhand von Prozessindikatoren“ der Fachhochschule Erfurt

www.zukunftsrat.de/main/indikator/index.html
Informationen zum Indikatorensystem des Zukunftsrates Hamburg

<http://iisd.ca/measure/>
Internationale Sammlung von Indikatoren-systemen

www.ncdo.nl/la21/spiegel
Nachhaltigkeitsspiegel niederländischer Städte

www.scn.org/sustainable
Der Klassiker: Sustainable Seattle

ADRESSEN UND ANSPRECHPARTNER

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg

Postfach 103439, 70029 Stuttgart
Tel.: 0711/126-0, Fax: -2881
E-Mail: poststelle@uvmbw.de
Internet: www.uvm.baden-wuerttemberg.de

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW, vormals LfU)

Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe
Tel.: 0721/5600-0, Fax: -1456
E-Mail: poststelle@lubw.bwl.de
Internet: www.lubw.baden-wuerttemberg.de

Projektbearbeitung: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Institut für interdisziplinäre Forschung

Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg
Tel.: 06221/9122-0, Fax: 06221/167257
E-Mail: hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de
Internet: www.fest-heidelberg.de

ANSPRECHPARTNER GEISLINGEN:

Lokale Agenda 21:

Umweltbeauftragte Sonja Pfau
Hauptstraße 1
73312 Geislingen
Tel.: 07331/24-303
E-Mail: sonja.pfau@geislingen.de
Internet: www.geislingen.de

Bürgerschaftliches Engagement:

Geschäftsstelle für Bürgerengagement und
Ehrenamt Geislingen
Bürgertreff im Samariterstift
Schillerstraße 4
73312 Geislingen
Tel.: 07331/440363
E-Mail: sabine.wettstein@geislingen.de
Internet: www.geislingen.de

Abfallentsorgung:

Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises
Göppingen (AWB)
Eberhardstraße 20/1
73033 Göppingen
Tel.: 07161/202-760
E-Mail: info@awb-gp.de
Internet: landkreis-goeppingen.de

Energieversorgung:

Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige
eG
Eybstraße 98 – 100
73312 Geislingen
Tel.: 07331/209-0
Internet: www.albwerk.de

Wasser- und Gasversorgung:

Energieversorgung Filstal GmbH &
Co.KG
Großeislinger Straße 30
73033 Göppingen
Tel.: 07161/6101-0
Internet: www.evf.de

Weiterbildung:

Volkshochschule Geislingen
Schillerstraße 2
73312 Geislingen
Tel.: 07331/24-269
E-Mail: info@vhs-geislingen.de
Internet: vhs-geislingen.de

Haus der Begegnung

Bahnhofstraße 75
73312 Geislingen
Tel.: 07331/42185
E-Mail: ebgeislingen@aol.com
Internet: www.hdb-geislingen.de

Haus der Familie

Gutenbergstraße 9
73312 Geislingen
Tel.: 07331/69197 oder 69198
E-Mail: hdf-geislingen@t-online.de

Frauen:

Frauenrat Geislingen
Geschäftsstelle bei der Stadtverwaltung
Hauptstraße 1
73312 Geislingen
Tel.: 07331/24-409
E-Mail: brigitte.wasberg@geislingen.de

Jugend:

Stadtjugendring Geislingen e.V.
Schlachthausstraße 22
73312 Geislingen
Tel.: 07331/61360
E-Mail: info@sjr-geislingen.de

Senioren:

Stadtseniorenring Geislingen e.V.
Bernward Kehle
Eschenweg 25
73312 Geislingen
Tel.: 07331/69194
E-Mail: info@bwk-1.de

Behinderte:

Stadtbehindertenring STeiGle
Michael Schima
Stadtverwaltung
Hauptstraße 1
73312 Geislingen
Tel.: 07331/24-356
E-Mail: michael.schima@geislingen.de